

Dezember-Nachlese 2023: Hohe Regenmengen mit gebietsweisem Dezember-Hochwasser in Deutschland – eine Folge der Klimaerwärmung?

geschrieben von Chris Frey | 21. Januar 2024

Der Dezember 2023 war nicht der niederschlagsreichste und wärmste seit Aufzeichnungsbeginn

Stefan Kämpfe

Schon ab Mitte Oktober hatten stärkere Niederschläge in Deutschland für Aufsehen gesorgt, und mit einem markanten Kälteeinbruch Ende November/Anfang Dezember kündigte sich ein besonders spannender Winter an, der zwar zeitweise noch sehr mild, aber doch etwas anders, als seine sehr milden Vorgänger, verlaufen würde. Es kam, was leider kommen musste: Als etwa um den Nikolaustag die milde Luft zurückkehrte und die Niederschläge andauerten, traten besonders in Mittel- und Nordwestdeutschland zahlreiche Bäche und Flüsse über die Ufer, was in den deutschen, zwangsgebührenfinanzierten „Qualitätsmedien“ sogleich der Klimaerwärmung angelastet wurde. Doch ein kritischer Blick auf historische Ereignisse, die Niederschlagsentwicklung im Dezember und die Entwicklung der Großwetterlagen zeigt: Der Dezember 2023 war zwar extrem mild und nass, aber solche Monate gab's früher auch schon, und im Ranking der regenreichsten Dezember seit 1881 erreichte er laut DWD nur Platz sieben.

Leider keine Seltenheit: Hochwasser im Dezember seit 1880

Zur Weihnachtszeit wünscht man sich Schnee und Kälte – aber schon die alte Bauernregel „Sankt Nikolaus spült die Ufer mit Regenwasser aus“ verdeutlicht den wahren Charakter des Dezembers. Die im Anhang befindliche Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber sie zeigt, dass Dezember-Hochwasser leider schon immer sehr häufig auftraten. Weil historische Aufzeichnungen umso spärlicher werden, je weiter sie in der Vergangenheit liegen, können sie nur ein

unvollständiges Bild der Häufigkeitsentwicklung liefern. Zur Beachtung: Was ein „Hochwasser“ ist, hat auch mit der Betrachtungsweise, der Lebensweise und sich wandelnden Anschauungen zu tun. Besiedelungs- und Baufehler sowie Flussbegradigungen können zu häufigeren Hochwasserereignissen führen oder diese verschärfen – ganz ohne Klimaerwärmung.

Mit dem Jahrhundert-Hochwasser am Rhein 1993 endet die am Beitragsende stehende Zusammenstellung. Dieses Hochwasser fällt bereits in die „Moderne Warmzeit“, welche um 1988 begann. Schon damals wurde die Klimaerwärmung für das Hochwasser verantwortlich gemacht und prognostiziert, dass sich solche Ereignisse nun häufen würden – doch wie sah die weitere Entwicklung der Dezember-Hochwasser aus? Es lässt sich in den letzten 30 Jahren keine eindeutige Häufung feststellen. Die nassen Dezember 1999 und 2002 scheinen relativ ereignisarm verlaufen zu sein. Erst für 2011 finden sich, unter anderem an Rhein und Helme, wieder erwähnenswerte Überflutungen. Im relativ nassen Dezember 2012 waren unter anderem Bad Kissingen, der Schwarzwald und der Rhein mit Zuflüssen betroffen (Weihnachtshochwasser). Nach dem Dürrejahr 2018 führte ein nasser Dezember zu kleineren Überflutungen. Mit dem mittelschweren Hochwasser von 2023, welches außer Niedersachsen auch Teile von Nordrhein-Westfalen und Nordthüringen betraf, endet diese Chronik. Inwieweit auch mangelnder Hochwasserschutz (Deiche!) das 2023er Ereignis begünstigte, muss noch untersucht werden.

Dezembertemperaturen und Niederschlagsentwicklung

Auf den ersten Blick erscheint es plausibel: Mehr Wärme bedeutet mehr absolute Luftfeuchtigkeit und damit mehr Niederschlag: Bei minus 5°C kann 1m³ Luft (normaler Luftdruck von ca.1013hPa) maximal 3,3 Gramm Wasser enthalten, bei 0°C 4,9 g, bei +5°C 6,8 g und bei +10°C, die in unseren gegenwärtig so milden Dezembem gar nicht so selten sind, schon 9,4 g. Aber Niederschlagsprozesse sind äußerst komplex und bislang kaum wissenschaftlich verstanden. Das Verhalten der Wolken, Art, Größe und Menge der Kondensationskeime, die Großwetterlagen sowie viele weitere Faktoren führen dazu, dass der Niederschlag trotz aller Forschung und Modelliererei eine besonders schwer vorhersehbare meteorologische Größe bleibt. Immerhin – seit 1881 bis 2023 lassen sich etwa 13% der Variabilität der Dezemberniederschläge (Deutschland-Mittel) positiv mit den Dezembertemperaturen erklären. Doch schaut man sich die Entwicklung der Dezembertemperaturen und der Niederschläge genauer an, so stellt sich Ernüchterung ein. Denn ausgerechnet in der Zeit ab etwa 1988, als unsere moderne Warmzeit so richtig Fahrt aufnahm, entkoppelte sich die Entwicklung beider Werte: Während sich die Erwärmung beschleunigte, nahmen die Dezember-Niederschläge sogar geringfügig ab.

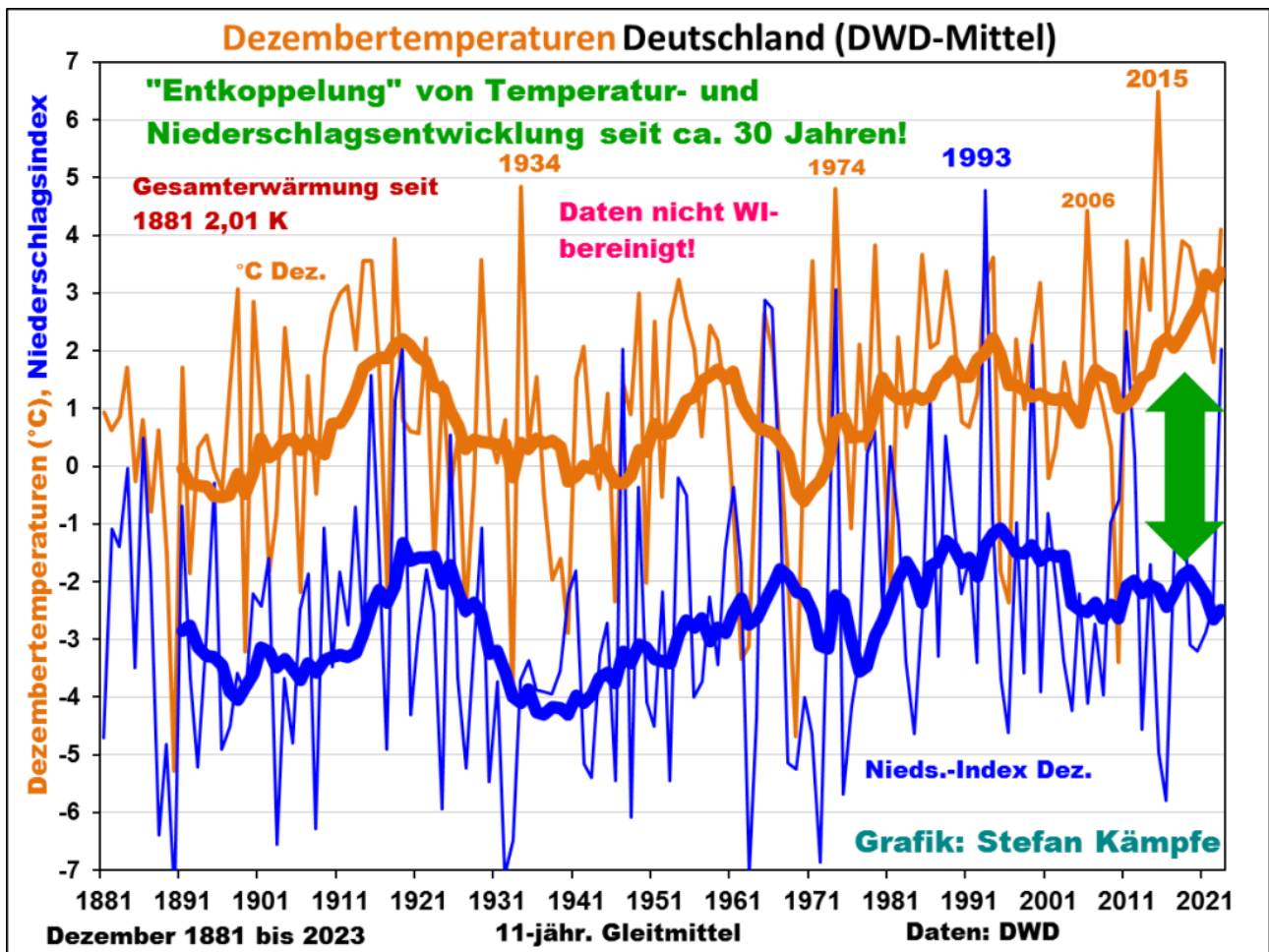


Abbildung 1: Positiver, freilich nur mäßiger und nur bis ins späte 20. Jahrhundert vorhandener Zusammenhang zwischen dem Temperaturmittel Deutschlands und den Niederschlägen im Dezember. Die vier wärmsten Dezembermonate sind gekennzeichnet; doch von diesen verlief nur der von 1974 herausragend nass, die übrigen eher normal, der wärmste aller Zeiten (2015) gar zu trocken. Trotz des nassen Dezembers 2023 verlaufen gegenwärtig Niederschlags- und Temperaturentwicklung konträr (grüner Doppelpfeil). Zur besseren Darstellung in einer Grafik wurde der Niederschlag in Indexwerte umgerechnet; die Originalgrafik wird als Nächstes diskutiert.

Im Folgenden sehen wir uns die Originaldaten einmal näher an.

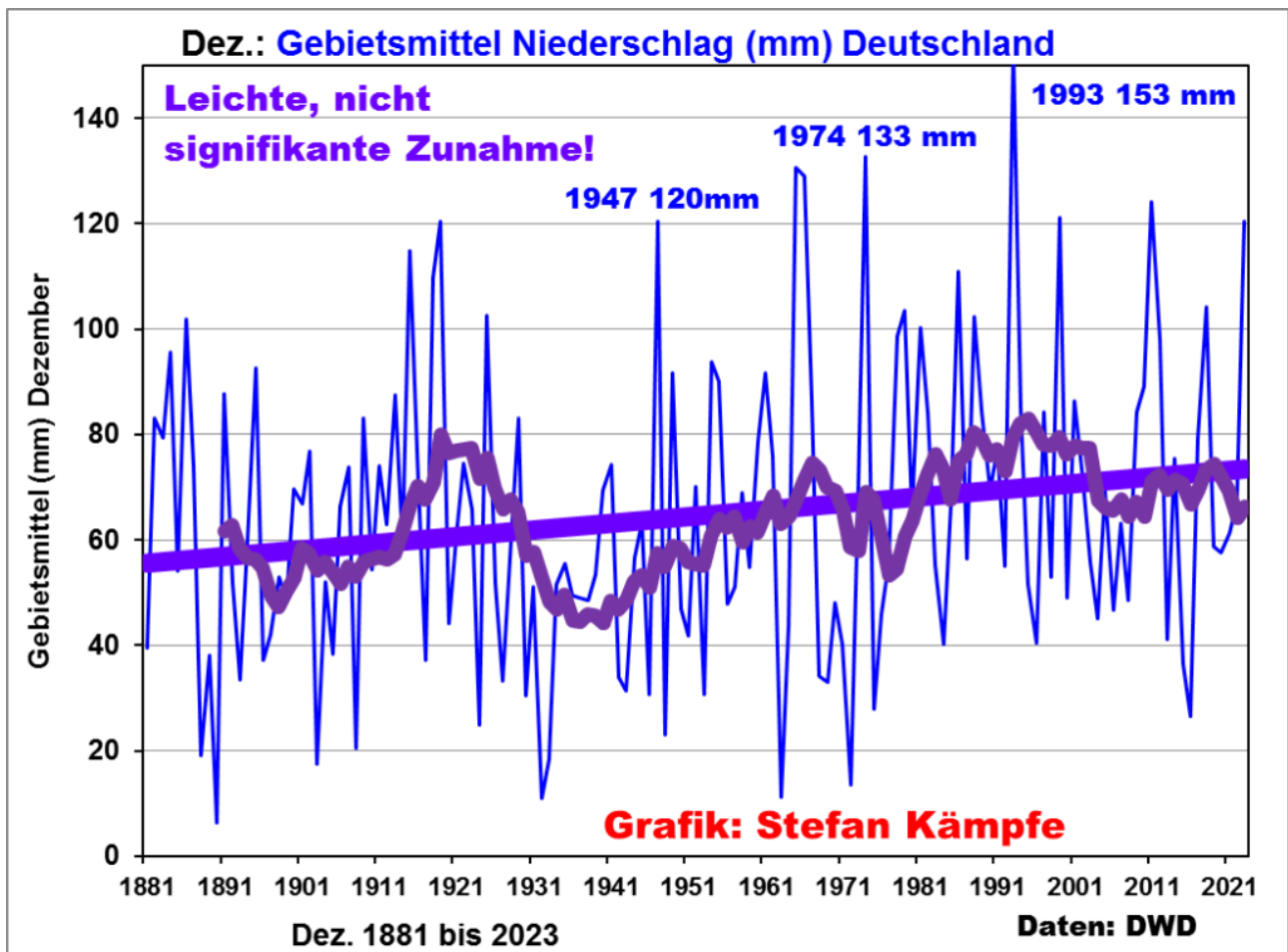


Abbildung 2: Die Entwicklung der deutschen Dezemberrniederschläge seit 1881 mit linearem Trend und 11-jährigem Gleitmittel. Die (noch) leichte lineare Zunahme geht auf Kosten der sehr trockenen Phasen im späten 19. Jahrhundert und während der Ära des Dritten Reiches. Vom ersten Weltkrieg bis zu den 1920er Jahren und von 1947 bis zu den frühen 1990er Jahren verliefen die Dezember sehr nass, gipfelnd im Hochwasser-Ereignis von 1993.

Betrachtet man aber nur unsere aktuelle Warmzeit, welche um 1988 begann, so findet sich keine allgemeine Niederschlagszunahme, und auch die Schwankungen zwischen nassen und trockenen Dezember-Monaten nahmen nicht zu:

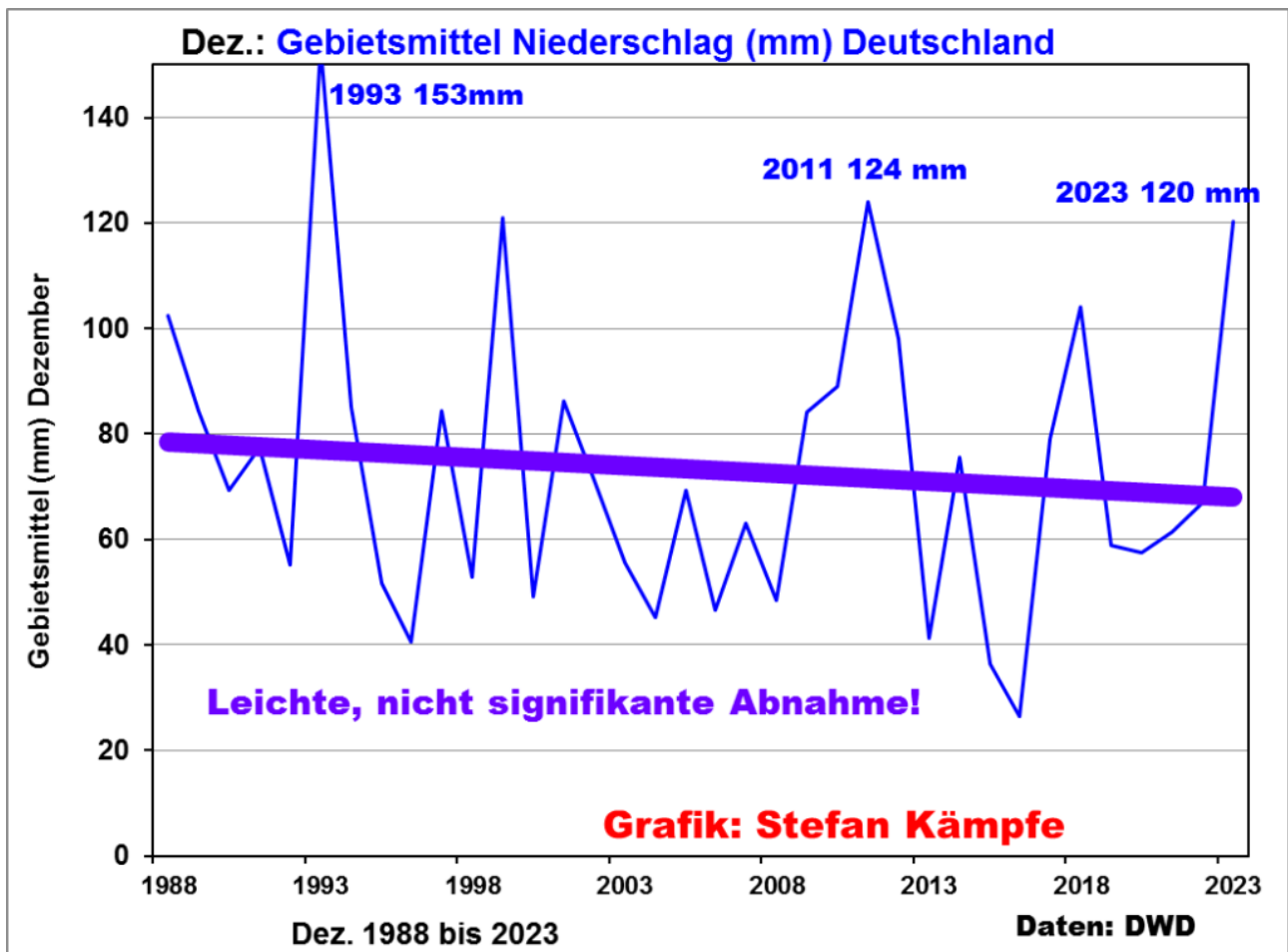


Abbildung 3: Sogar eine leichte, freilich nicht signifikante Abnahme der Dezemberrniederschläge seit 1988.

Schon diese Entwicklung lässt ernste Zweifel an einer durch die Klimaerwärmung verursachten Zunahme der Dezember-Niederschläge aufkommen. In Zentralengland erwärmten sich die Dezember ebenfalls. Weil für dort mit der so genannten CEP auch eine durchgängige Niederschlagsreihe vorliegt, sollen nun Deutschland und Zentralengland hinsichtlich ihres Niederschlagsverhaltens verglichen werden.

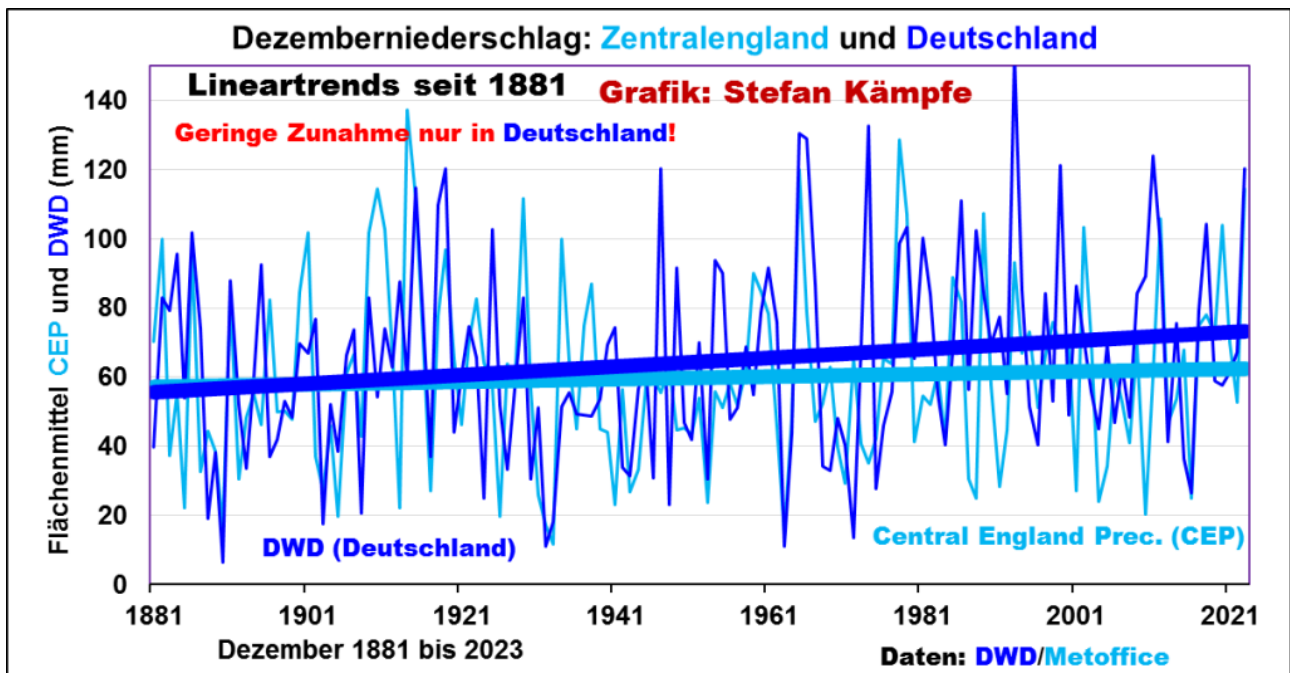


Abbildung 4: Die Dezemberniederschläge Deutschlands (dunkelblau) und Zentralenglands (hellblau) im Vergleich. Überraschung: Trotz Klimaerwärmung und besonders warmem Atlantik-Wasser blieb in England auch die langfristige Niederschlagszunahme aus

Mehr Dezemberniederschläge und dadurch mehr Hochwasser wegen der Klimaerwärmung – das ist nicht plausibel. Ehe wir uns der spannenden Frage widmen, wie sich die Großwetterlagen im Dezember verändert haben, wollen wir uns die Witterung und die Vorwitterung, welche das Dezemberhochwasser 2023 auslösten, näher ansehen.

Die Witterungsbesonderheiten des Spätherbstes und Frühwinters 2023 in Mittel- und Nordeuropa

Das so in den vorangehenden Warmjahren nicht aufgetretene Phänomen der anhaltenden Kälte über Skandinavien beeinflusste unser Winterwetter mit einem ersten, intensiven Kälteeinbruch Ende November/Anfang Dezember. Aber schon vorher beeinflusste die Konstellation zu kaltem Nord- und zu mildes Mitteleuropa vor allem das Niederschlagsverhalten, welches sich ab Oktober enorm intensivierte. Anfang Oktober nahmen die Tiefs noch eine relativ nördliche Zugbahn. Mittel- und besonders Süddeutschland kamen dadurch zeitweise noch in den Genuss extrem warmer Sommerluft; nur von kürzeren Vorstößen mäßig kühler Luftmassen unterbrochen. Doch allmählich schlugen die Tiefs eine immer südlichere Zugbahn ein. Am 20./21. November zog dann ein Tief direkt über Deutschland hinweg und leitete den Umschwung zu kaltem Nordwetter ein. Die Einwinterung begann aber etwa nördlich des 61. Breitengrades schon am Ende der ersten Oktoberdekade; ab der Oktobermitte herrschte dort meist Dauerfrost. Als Beispiel sei die Luftdruck- und Temperaturverteilung vom 13. November 2023 gezeigt, man achte auf die südlich des 60. Breitengrades liegenden Tiefzentren (Bildquelle windy.com, Blautöne zeigen Temperaturen von 0°C

abwärts, je heller, desto kälter):

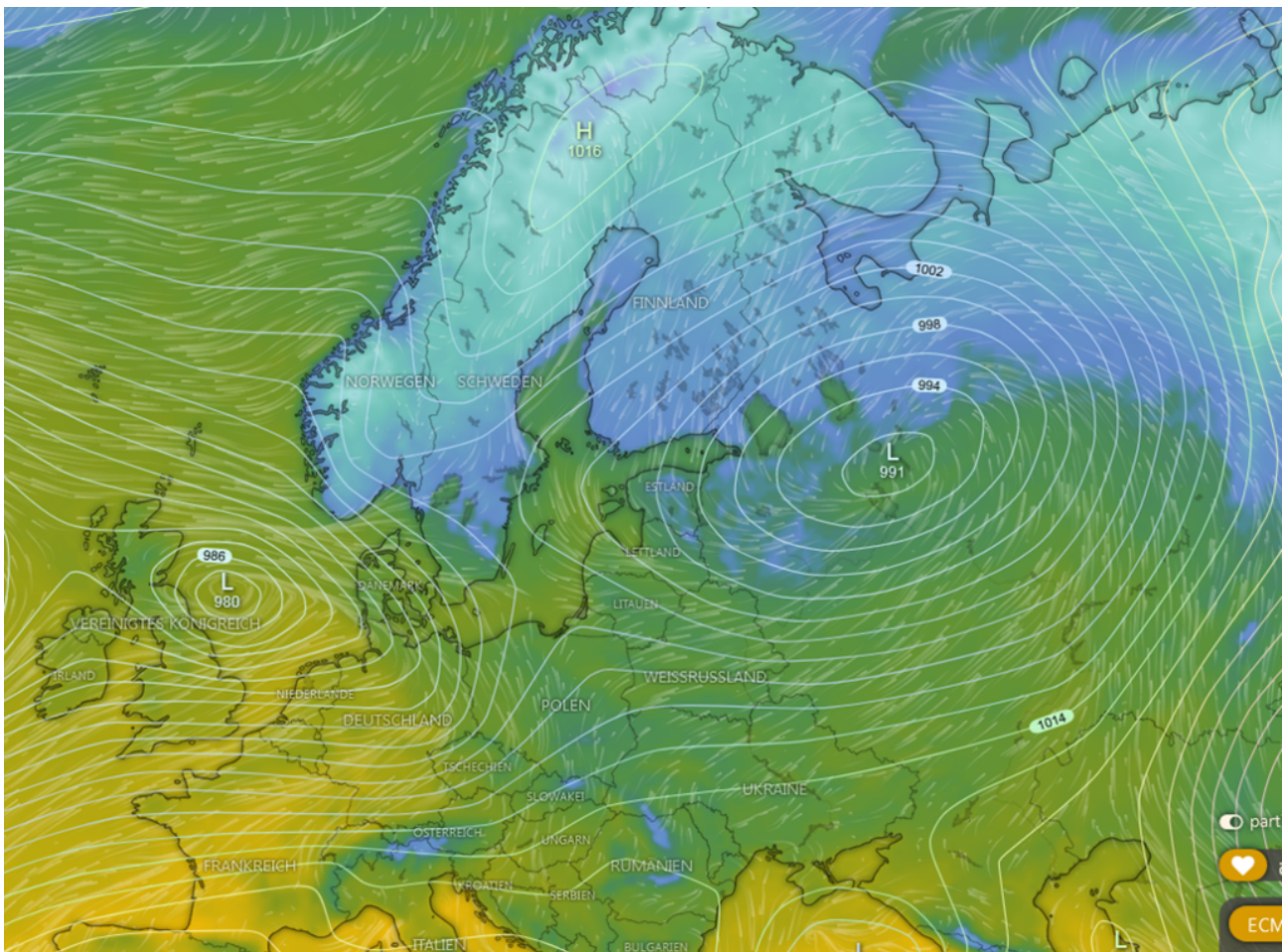


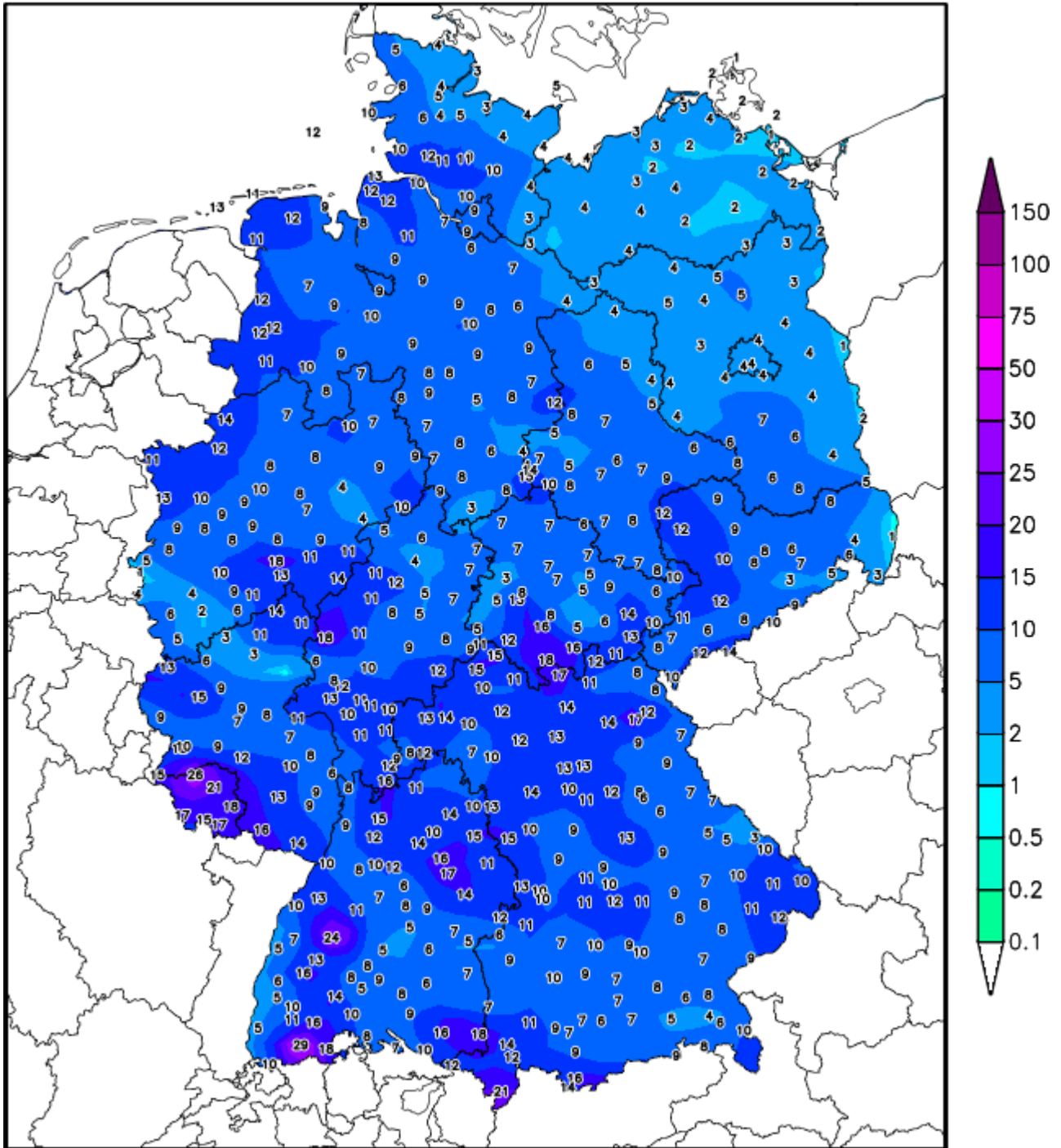
Abbildung 5: Temperatur- und Luftdruckverteilung bei der Südlichen Westlage am 13. November 2023, später Nachmittag. Während in Nordeuropa Dauerfrost, kenntlich an den blauen Farbtönen, herrschte, blieben die Regionen südlich des 60. Breitengrades frostfrei. Bildquelle: windy.com

Weil die Tiefdruckgebiete, welche uns das stürmische, nasse Dezemberwetter brachten, relativ weit südlich ostwärts zogen, konnte die Kaltluft auch im Verlaufe des Dezembers nicht dauerhaft aus Nordeuropa verdrängt werden. Sie erreichte uns aber erst wieder ab dem 6. Januar 2024. Aber ihre blockierende Wirkung ließ die Tiefs fast den ganzen Dezember über weit südlich und oft mit verminderter Geschwindigkeit ziehen, was die Dauer und Intensität der Niederschlagsgebiete enorm verstärkte. Die schon von den Oktober- und Novemberriederschlägen aufgeweichten Böden konnten die Wassermassen dann im Dezember einfach nicht mehr aufnehmen. Besonders betroffen waren von den Dezember-Niederschlägen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (Landesmittel 161 mm) und Niedersachsen (158 mm), während in dem häufiger schon nördlich der Frontalzone gelegenen Schleswig-Holstein nur 119 mm fielen. Weil sich die Tiefs auf ihrem Ostkurs abschwächten, fielen in Mecklenburg-Vorpommern gar nur knapp 89 mm, in Brandenburg-Berlin waren es knapp 100 mm. Ob vielleicht auch der enorme Ausbau der Windenergie (Abbremsung der

Luftmassen) den meisten Regen über Nordwestdeutschland niedergehen ließ? Allerdings gab es grob ähnliche Lagen auch schon früher, so im Dezember 1965, 1978, 1981 und 2009. Die folgenden Beispiele der tagesweisen Niederschlagsmengen zeigen, dass zwar zeitweise ganz Deutschland, überwiegend aber der Nordwesten, von den Dezemberniederschlägen betroffen war. An einzelnen Tagen wird auch die so häufige niederschlagsmäßige Benachteiligung des Nordostens und der Steppen Mitteldeutschlands im Lee der Mittelgebirge gut sichtbar.

Valid: 09DEC2023

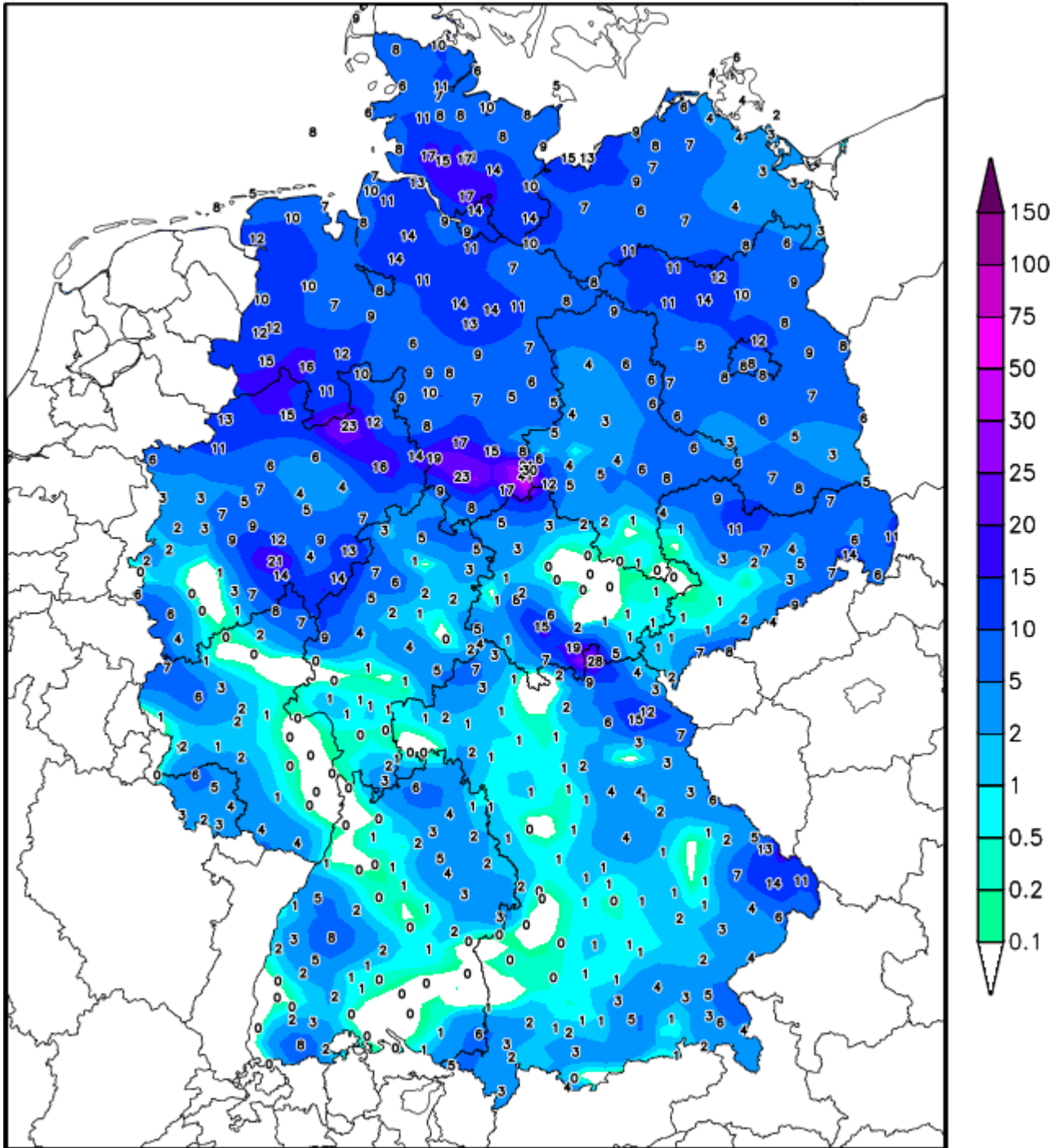
24h-Summe Niederschlag (mm)



(C) Wetterzentrale
www.wetterzentrale.de

Valid: 20DEC2023

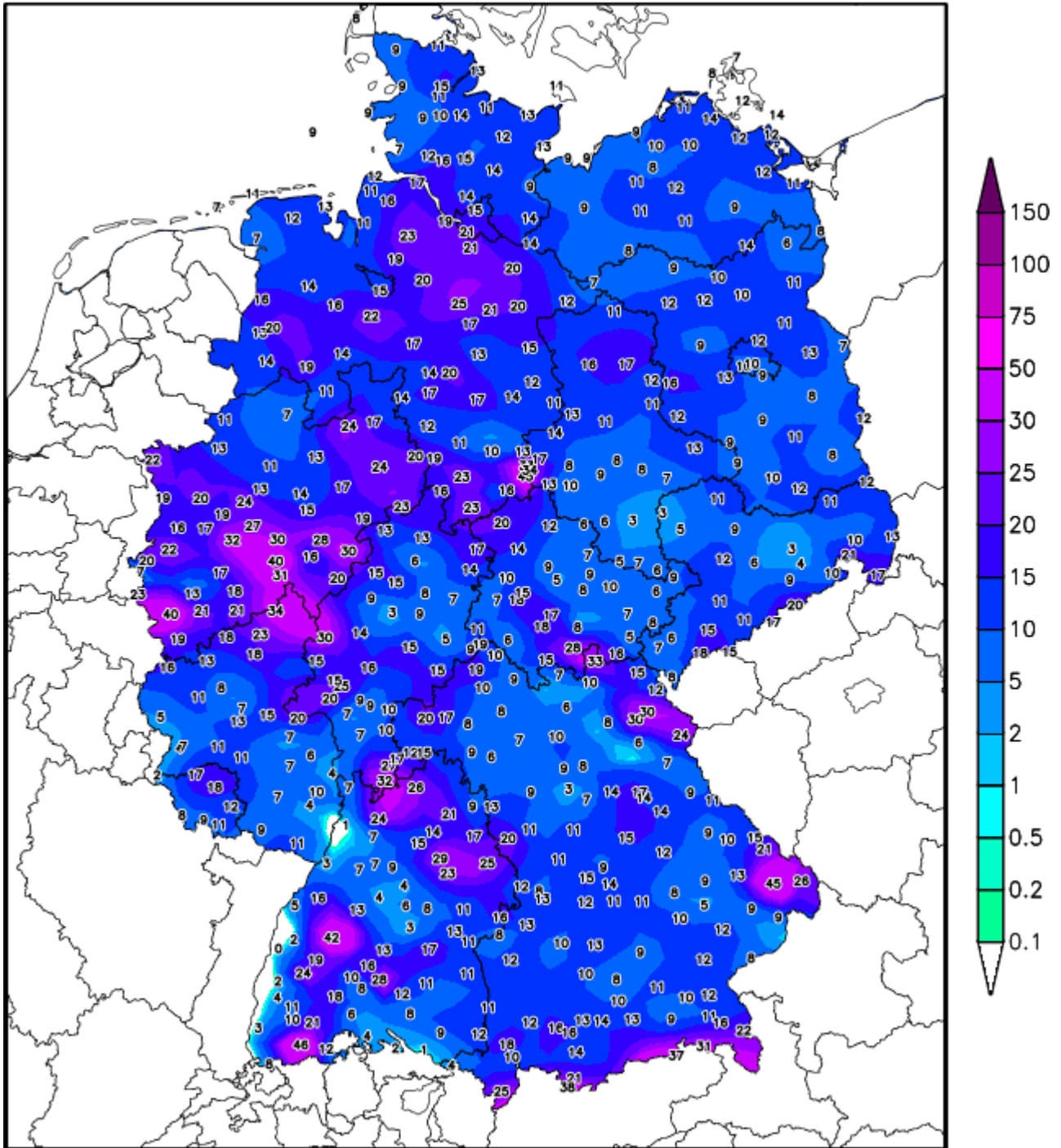
24h-Summe Niederschlag (mm)



(C) Wetterzentrale
www.wetterzentrale.de

Valid: 21DEC2023

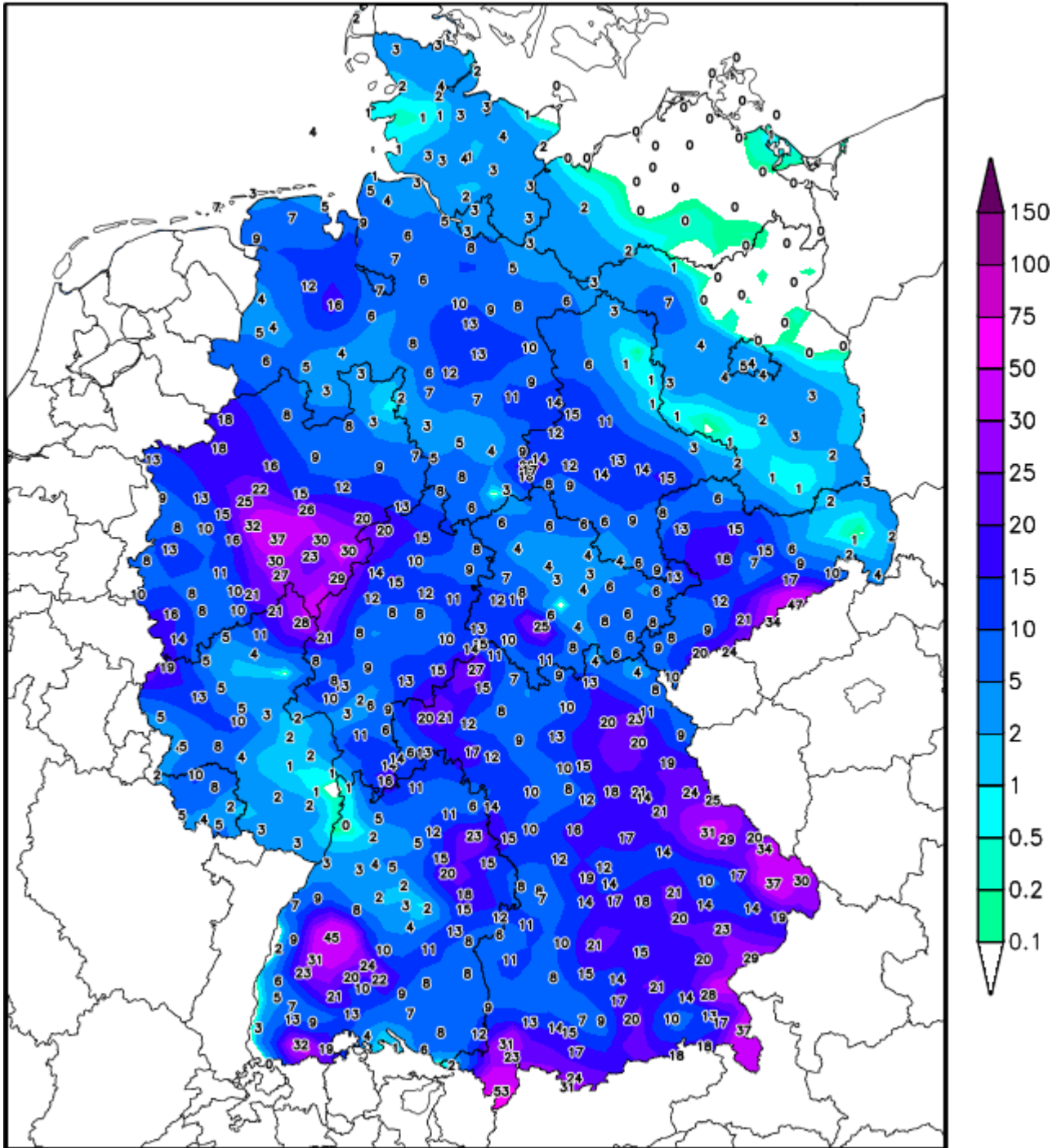
24h-Summe Niederschlag (mm)



(C) Wetterzentrale
www.wetterzentrale.de

Valid: 22DEC2023

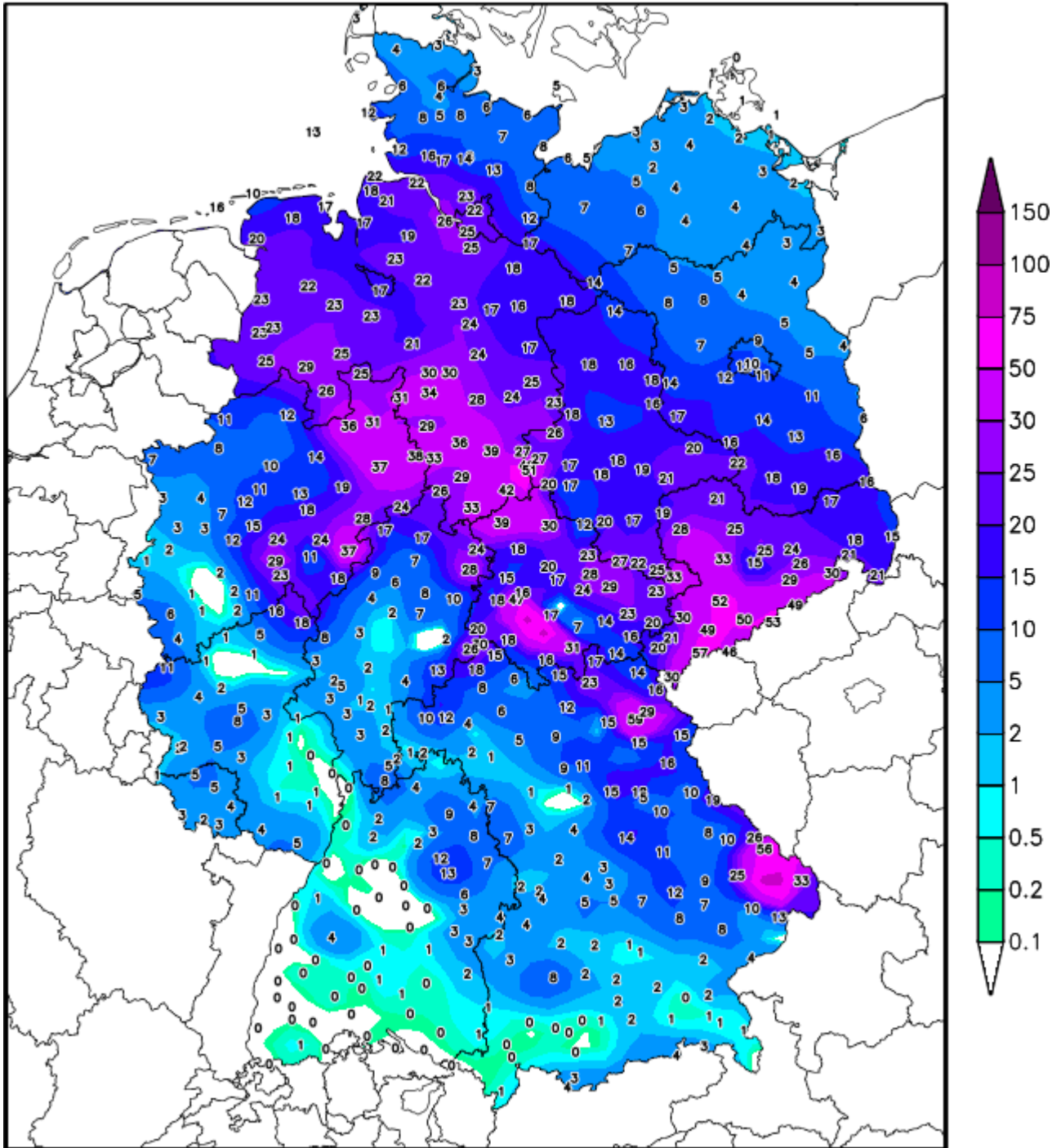
24h-Summe Niederschlag (mm)



(C) Wetterzentrale
www.wetterzentrale.de

Valid: 23DEC2023

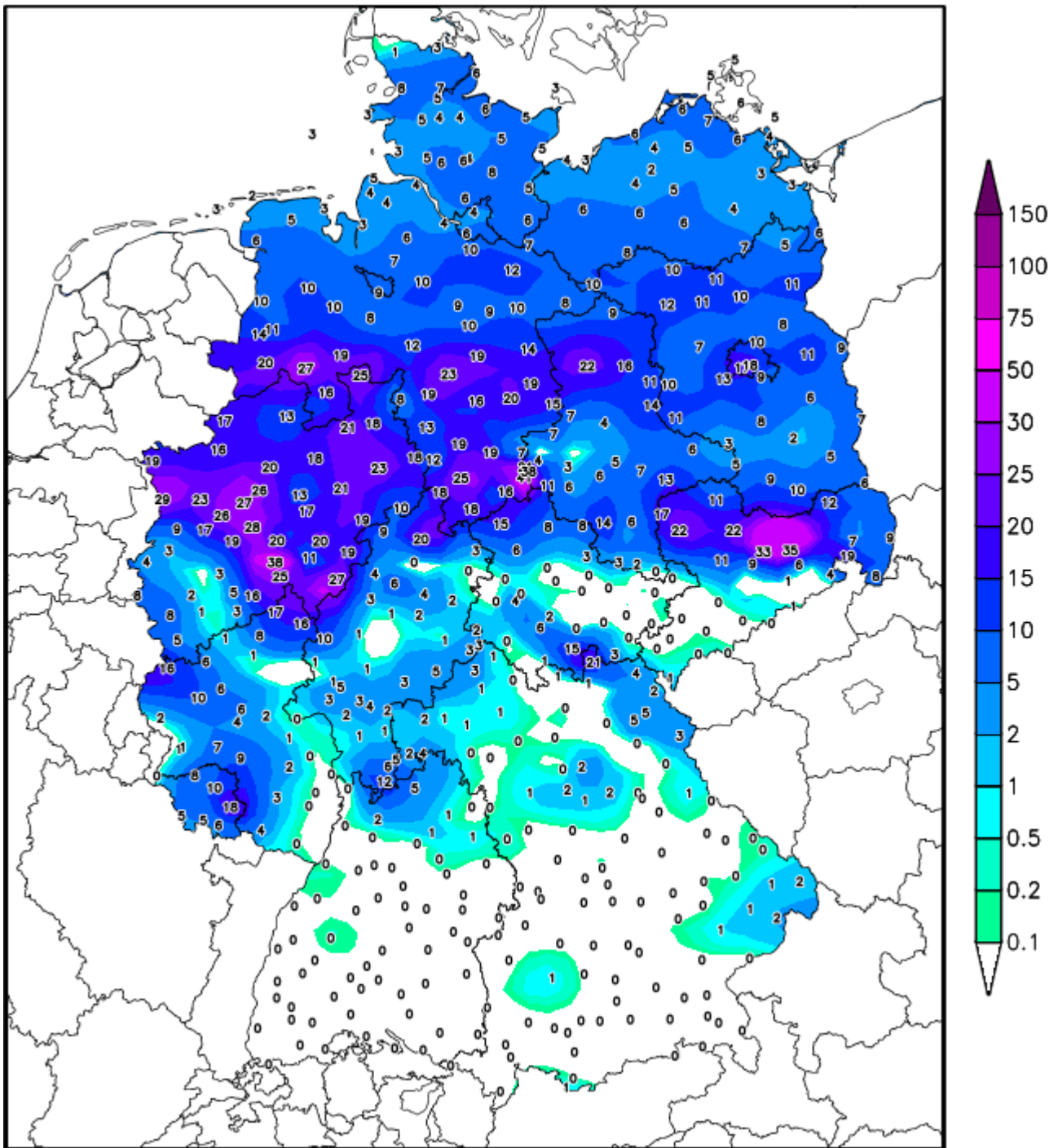
24h-Summe Niederschlag (mm)



(C) Wetterzentrale
www.wetterzentrale.de

Valid: 25DEC2023

24h-Summe Niederschlag (mm)



(C) Wetterzentrale
www.wetterzentrale.de

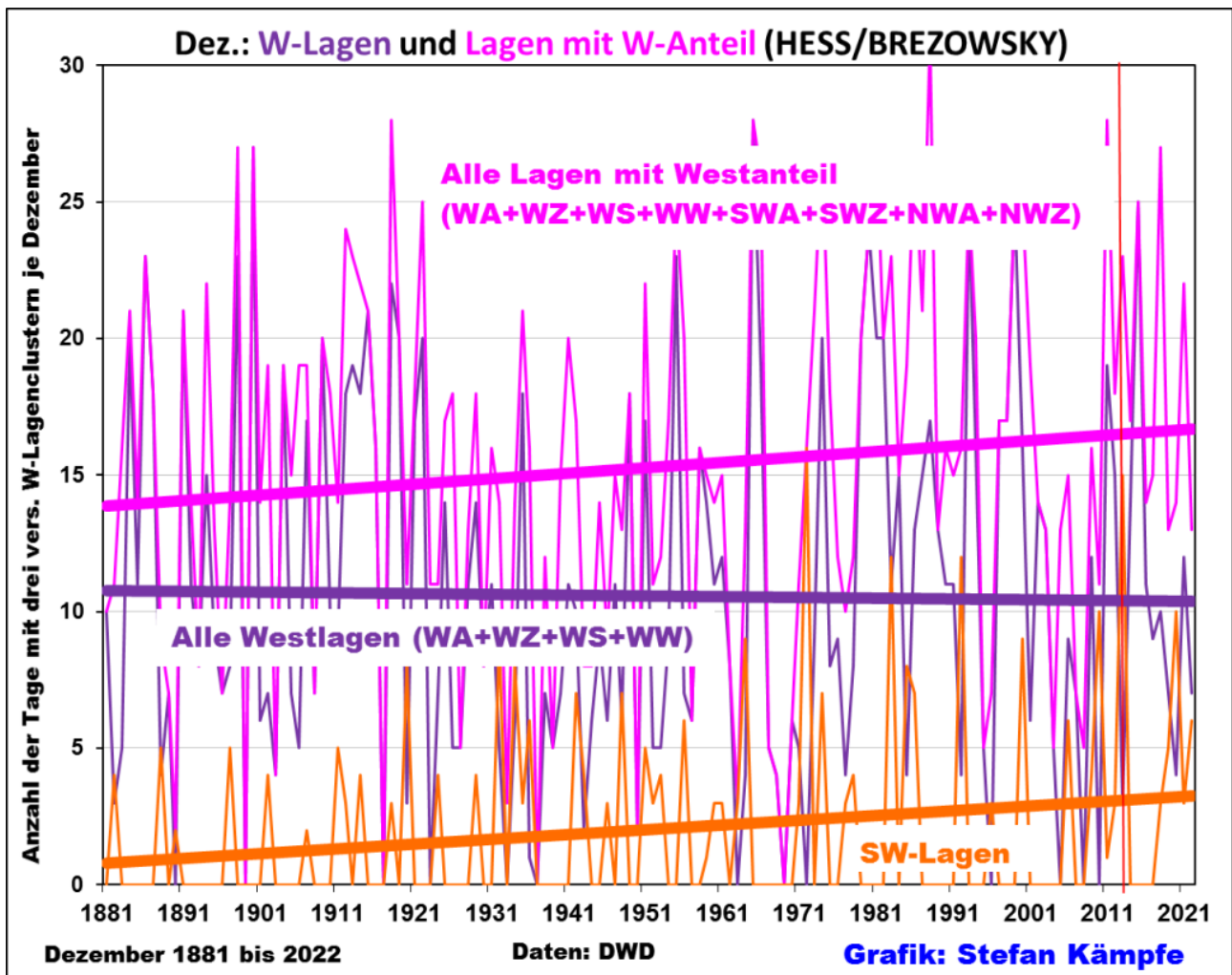
Abbildung 6a bis 6f: Tagessumme des Niederschlags (mm, 1mm=1 Liter/m²) an ausgewählten Dezembertagen 2023. Weiß bedeutet keinen, violett extrem starken Tagesniederschlag. Wegen eines Fehlers ist die Insel Rügen stets weiß – natürlich regnete oder schneite es auch dort. Von oben nach unten: 9., 20., 21., 22., 23. und 25. Dezember 2023. Bildquelle jeweils wetterzentrale.de

Zirkulationsverhältnisse: Viele, sehr variable, intensive und teils unterbrochene Westwetterlagen von Oktober bis Dezember 2023

Für Deutschland stehen zwei Klassifikationsverfahren der Wetterlagen zur Verfügung. Die Objektive Klassifikation stellt nur auf Deutschland ab und ist, weil sie auf aerologischen Daten basiert, erst seit dem Juli 1979 verfügbar. Die zweite nach HESS/BREZOWSKY arbeitet mit Boden- und Höhenwetterkarten im europäischen Maßstab und stellt auf bestimmte Anordnungen der Hoch- und Tiefdruckgebiete und/oder charakteristische Strömungsmuster und dem Verlauf der Frontalzone ab – eines davon sind die Westwetterlagen. Im engeren Sinne gibt es davon vier; aber weil auch die Nordwest- und Südwestlagen einen westlichen Strömungsanteil aufweisen, müssen sie ebenfalls betrachtet werden. Alle Westlagen neigen dazu, maritime Luftmassen nach Deutschland zu lenken – freilich mit großen Variationen. Ihre antizyklonalen Varianten verlaufen nur leicht unbeständig; Niederschläge treten bevorzugt in Norddeutschland, bei SW-Lagen in NW-Deutschland, bei NW-Lagen in Nordostdeutschland, auf und sind meist nur schwach. Für die vielen Niederschläge ab Oktober und die Hochwasserlage 2023 sind die zyklonalen Westlagen und besonders die Südlichen Westlagen sowie die Winkelförmigen Westlagen verantwortlich, welche seit Oktober immer wieder in Erscheinung traten – siehe Abbildung 5. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) schreibt zur Südlichen Westlage: „Einzelstörungen wandern in einer weit nach Süden verschobenen Frontalzone vom Seegebiet südwestlich Irlands über die Biskaya, Frankreich, das mittlere Deutschland, nach Osteuropa und biegen dort nordwärts um. Der zyklonale Einfluss erstreckt sich dabei oftmals bis zum nordöstlichen Teil des Mittelmeeres. Der Kern des zentralen Bodentiefs liegt meist südlich von 60. Grad nördlicher Breite, so dass Teile des Nordmeers oft unter dem Einfluss eines kalten Polarhochs stehen.“ Zur Winkelförmigen Westlage: „Ausgeprägte, meist zwischen dem 50. und 60. Breitengrad nördlicher Breite verlaufende Frontalzone, die über Mitteleuropa an der Westflanke eines blockierenden russischen Hochs scharf nach Norden umbiegt. Die atlantischen Störungen überqueren das westliche Europa und werden östlich der Elbe stationär. Das östliche Mitteleuropa verbleibt unter Hochdruckeinfluss.“ Seit Oktober waren nahezu alle Westwetterlagen zu beobachten – aber die Häufung der Südlichen und Winkelförmigen Westlagen machte diesmal den Unterschied zu anderen Jahren und führte zur Häufung sowie zur Intensivierung der Niederschlagsereignisse.

Die langfristige Häufigkeitsentwicklung der Westwetterlagen im Dezember

Die leichte, nicht signifikante langfristige Zunahme der Dezember-Niederschläge lässt sich gut mit dem Häufigkeitsverhalten aller Westlagen erklären – und die neuzeitliche, leichte Niederschlagsabnahme ebenfalls.



Es gab also keine Häufung von Westwetterlagen im engeren Sinne – aber häuften sich vielleicht die 2023 so problematischen WS- und WW-Lagen?

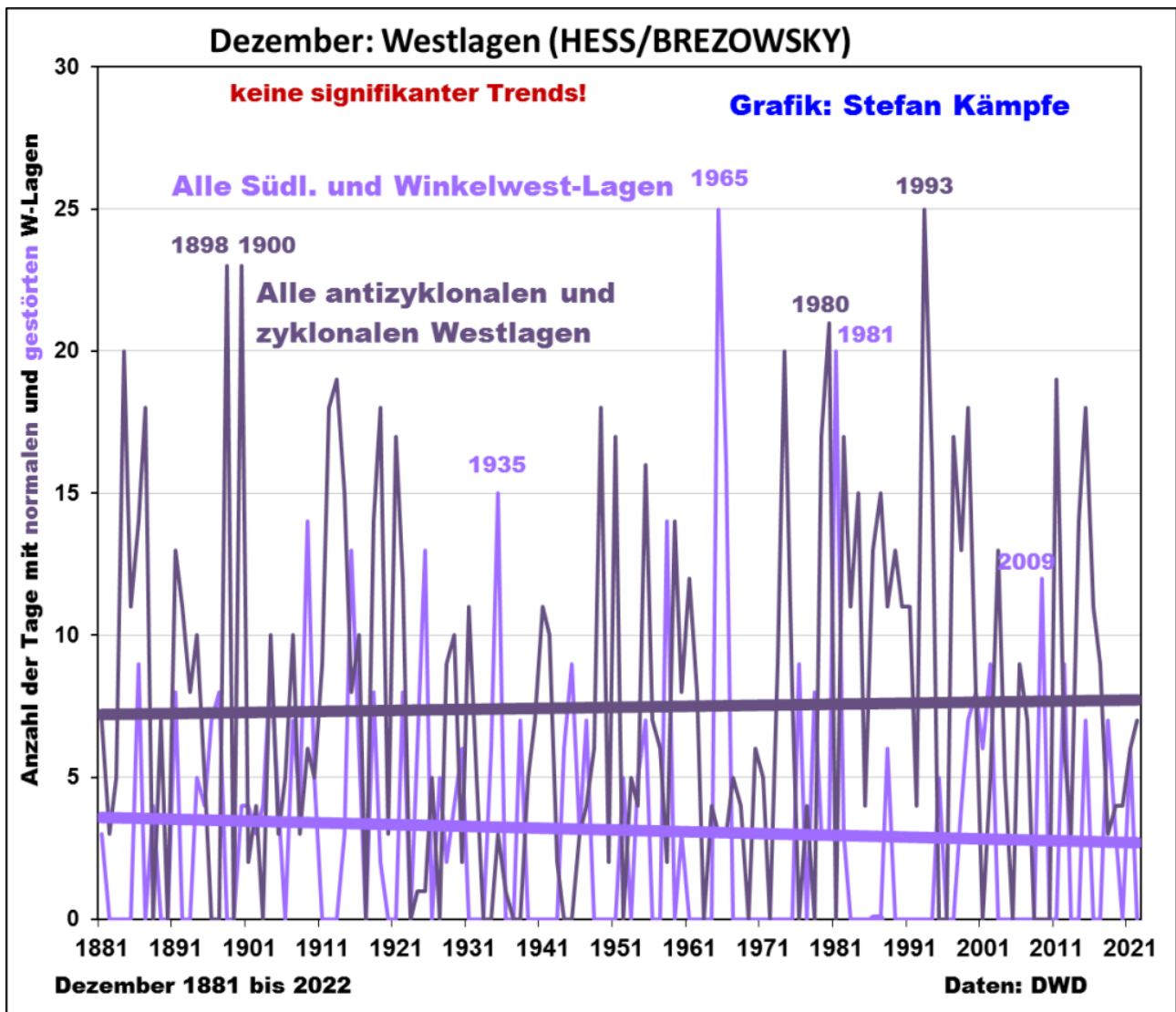


Abbildung 8: Langfristig keine signifikanten Trends bei den „normalen“ WA- und WZ-Lagen sowie den „gestörten“ W-Lagen WS und WW. Diese wurden sogar etwas seltener. Man achte auf das Rekord-Maximum der WA- und WZ-Lagen 1993. Erst leitete eine längere WA-Lage Tauwetter ein, dann sorgten viele WZ-Lagen für starke Regenfälle, welche das Jahrhunderthochwasser 1993 am Rhein auslösten. Daten für 2023 liegen noch nicht vor.

Zum Schluss noch ein kurzer Blick auf die objektiv klassifizierte Wetterlagen. Dort gibt es mit den in allen Höhen der Atmosphäre zyklonalen Westlagen ein besonders niederschlagsträchtiges Cluster.

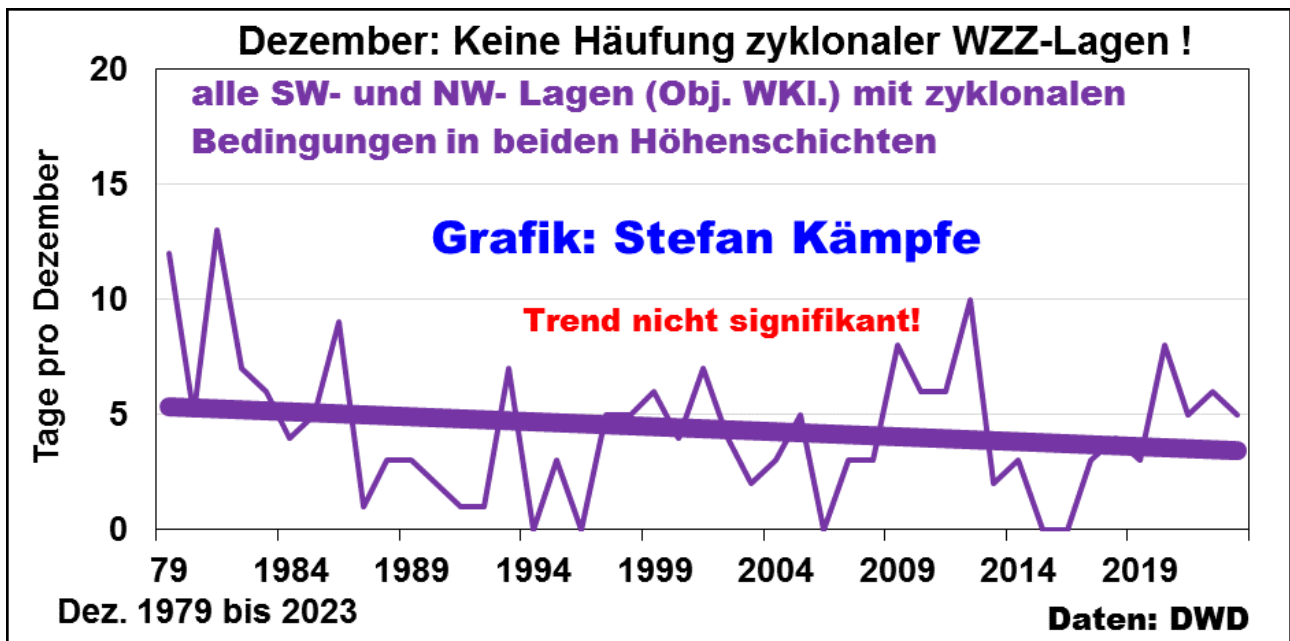


Abbildung 9: Keine Häufung der sowohl in den unteren als auch in höheren Luftschichten zyklonalen Lagen mit westlichem Strömungsanteil über Deutschland im Dezember. Daten erst seit 1979 vorliegend.

Was es wegen der Arktis-Erwärmung eigentlich nicht mehr geben dürfte: Beschleunigte Westwind-Zirkulation über Europa

Der Klimawandel, so wird ja stets von früh bis spät im öffelntlich-schlechtlichen Funk und Fernsehen argumentiert, erwärmt besonders die Arktis und schwächt somit den Jet-Stream, welcher für die Westwetterlagen und damit den mildernden Einfluss auf unser Klima verantwortlich ist. Wir haben bereits die fehlenden, eindeutigen Trends bei den Westwetterlagen erörtert – und wie zum Hohn flog uns im Dezember eine Westwetterlage nach der andern um die Ohren, manche von beeindruckender Intensität. Wen wundert's – der angeblich schwindende Temperaturkontrast zwischen südlichen und nördlichen Breiten war diesmal enorm.

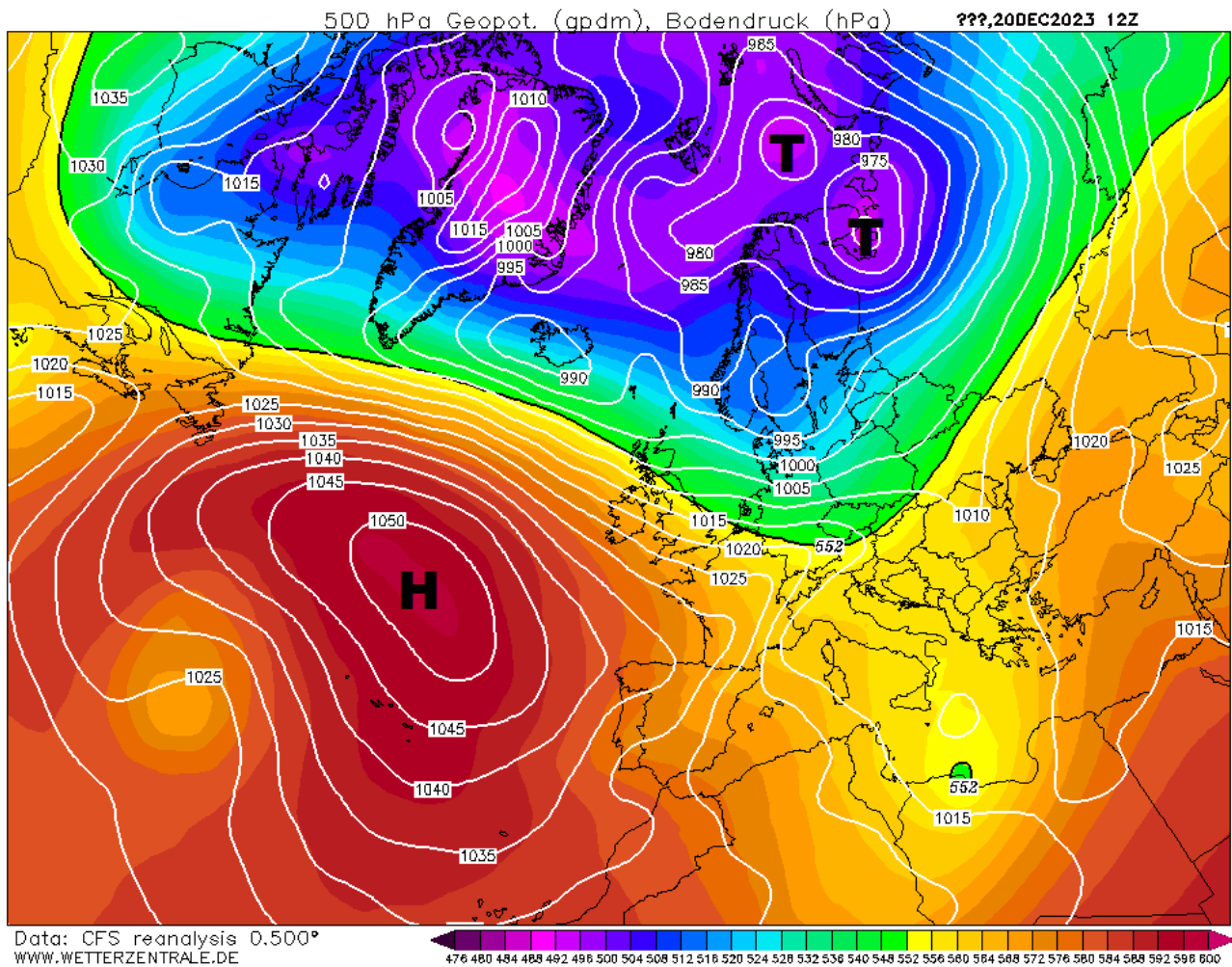


Abbildung 10: Wetterkarte vom 20. Dezember 2023, Mittag. Einem rekordverdächtig kräftigem Atlantikhoch stehen kräftige, mit eisiger Arktikluft gefüllte Tiefs nordöstlich von Skandinavien gegenüber – viel kräftiger kann die angeblich vom Klimawandel geschwächte Westwind-Zirkulation kaum sein! Bildquelle: wetterzentrale.de, ergänzt.

Man ahnt es: Eins zu Null für die natürlichen Wetter- und Klima-Variationen, und auch das aktuell sehr warme Klima scheint weder den Weltuntergang zu bedeuten, noch für das Klima des Holozäns außergewöhnlich zu sein.

Fazit

Weder im Niederschlagsverhalten, noch bei den Trends der besonders regenträchtigen Westwetterlagen zeigen sich für den Dezember besorgniserregende Trends. Auch die Faustregel „Höhere Lufttemperatur bedeutet mehr Regen“ darf nicht bedenkenlos angewendet werden – für die letzten dreieinhalb Jahrzehnte gilt sie nicht. Dezember-Hochwasser häuften sich in letzter Zeit nicht wesentlich. Hochwasser wird es leider immer geben. Durch besseren Katastrophenschutz, intakte Deiche und andere Schutzeinrichtungen sowie eine defensivere Planungs-, Siedlungs- und Baupolitik in Tälern und Feuchtgebieten lassen sich die Auswirkungen

des Hochwassers verringern.

Anhang: Dezember-Hochwasser 1880 bis 1993 in Deutschland

29.12. 1880: Die Wümme überschwemmte am 29. Dezember 1880 weite Teile von Schwachhausen und Findorff bei Bremen. Auch an der Ems gab es Hochwasser.

1882: Rhein-Hochwasser gewaltigen Ausmaßes. „Nachdem der Oktober 1882 für das Rheingebiet mit Ausnahme des Alpenraumes meist nur etwa mittlere Niederschlagsverhältnisse gebracht hatte, setzte Anfang November eine Phase sehr ergiebiger Niederschläge ein... Im Zuge eines von der Nordsee in südöstlicher Richtung quer über Mitteleuropa voranschreitenden Tiefdruckausläufers setzte am 20. Dezember eine stärkere Zufuhr feucht-warmer Luftmassen ein. Dies führte zu ergiebigen Regen- bzw. im Gebirge zu starken Schneefällen. Die Temperatur war zwar etwas gestiegen, der Boden blieb im oberen Rheingebiet aber größtenteils schneebedeckt und gefroren. Das Zusammentreffen von Tiefdruckgebieten von Nord- und Ostsee mit einem Hochdruckgebiet über dem südwestlichen Europa verursachte ab dem 25. Dezember Südwestwinde und ausgeprägten Föhn in den Alpen. Es ereignete sich eine ungewöhnlich rasche Temperaturzunahme, insbesondere in der Schweiz. Der gleichzeitig aufgetretene und bis zum 28. Dezember fast ständig anhaltende intensive Regen führte in kurzer Zeit zum kompletten Abschmelzen der Schneedecke. Im Südschwarzwald und in den Vogesen wurden vom 25.-27.12.1882 bis über 200 mm Niederschlag gemessen.“ [Quelle](#)

1901: Dezember-Hochwasser im Ahrtal durch Schneeschmelze.

Ende 1915: Rhein-Hochwasser.

Ende 1919: Rhein-, Mosel- und Rems-Hochwasser. In Waiblingen fiel Weihnachten ins Wasser.

Weihnachten/Silvester 1925: Hochwasser in vielen Teilen Deutschlands. In Quedlinburg rissen die Wassermassen die Bahnhofsbrücke fort.

Saarhochwasser 1947/48: Das Saarhochwasser war ein Jahrhunderthochwasser im Saarland Ende 1947 bis Anfang 1948. Aufgrund starker Niederschläge und einer Schneeschmelze in den Vogesen stieg die Saar Ende Dezember auf bis zu 10,62 Metern, der Höchststand seit 1784. Betroffen waren die Innenstädte von Saarbrücken, Saarlouis, Merzig und Völklingen. Auch im Rheingebiet und in weiteren Teilen Deutschland kam es zu Hochwasser mit teils beträchtlichen Schäden.

1952: Einen Tag vor Heiligabend Hochwasser am Rhein und dessen Zuflüssen.

1965: Milde Witterung und tagelange Regenfälle führen zum dritten Hochwasser des Jahres an Main und Tauber. Der Pegelstand des Mains beträgt 3,92. Am Nikolaustag Hochwasser an Ahr und Rhein.

1966: Eschweiler. Die Nacht vom 10. auf den 11. Dezember 1966 werden viele ältere Bewohner von Eschweiler und auch Stolberg sicherlich noch in schlechter Erinnerung haben. An diesem Wochenende kamen einige widrige Umstände zusammen, so dass die Inde und der Vichtbach ihr Bett verließen und weite Landstriche unter Wasser setzten. Paul Wilhelm Ahrens, ehemals Baudirektor beim Eschweiler Bergwerksverein (EBV), hat die dramatischen Ereignisse auf mehreren Seiten festgehalten. Die Schilderung ist der Chronik „Der Obere Indeverband 1961-1971“ entnommen, die Hannsgunter Bosselmann, Jahrzehnte lang ausgewiesener Fachmann in Sachen Wasser bei der Eschweiler Stadtverwaltung, aus seinem Fundus zur Verfügung gestellt hat. In Nachfolge des Oberen Indeverbands ist heute der Wasserverband Eifel-Rur für Inde und Vicht zuständig. Das Hochwasser richtete einen Gesamtschaden von 3 Millionen D-Mark an – eine gewaltige Summe, die zum Großteil von den Anliegern der Inde und der Vicht getragen werden musste. [Quelle](#)

1974: Elbe-Hochwasser Mitte Dezember. Auch am Rhein und im Erzgebirge kam es zu Überflutungen.

1981: Nach starken Dezember-Schneefällen setzt kurz vor Silvester Tauwetter ein, was unter anderem an der Elbe zu Hochwasser führt.

1986: Im nassen Dezember 1986 kam es im Raum Osnabrück zu schweren Überschwemmungen. Flüsse wie die Hase, Nette und Düte traten über die Ufer.

1993: Eines der schwersten Dezember-Hochwasser in weiten Teilen Deutschlands, besonders am Rhein und dessen Zuflüssen. Weil es über dieses Ereignis zahlreiche, leicht auffindbare Quellen gibt, muss hier nicht näher darüber berichtet werden.

Stefan Kämpfe, Diplomagraringenieur, unabhängiger Natur- und Klimaforscher

„Das ist eine dumme Frage“: John Kerry blufft einen Reporter an als dieser ihn nach seinem „CO2-Fußabdruck“ in Davos fragte

geschrieben von Andreas Demmig | 21. Januar 2024

Jason Cohen Mitwirkender, 16. Januar 2024, Daily Caller News Foundation
John Kerry, Sondergesandter des US-Präsidenten für Klima, kritisierte einen Reporter, der ihn am Dienstag auf der Konferenz des Weltwirtschaftsforums in Davos nach seinem „CO2-Fußabdruck“ fragte.

Alles nur heiße Luft (Teil 2) – Nachlese zur Weltklimakonferenz (COP 28) in Dubai

geschrieben von Admin | 21. Januar 2024

Prof. Dr. Klaus-Dieter Döhler

Während deutsche Ministerinnen beim 28. Weltklimagipfel (COP28) in Dubai großzügig Geldgeschenke verteilen, geht es mit der deutschen Wirtschaft rapide bergab, wie die vielen Unternehmensinsolvenzen zeigen. Täglich finden sich in der jüngeren deutschen Presse Überschriften wie diese: *„Höchste Zahl an Insolvenzen seit sieben Jahren“*, *„Zahl der Firmenpleiten steigt weiter“*, *„Römertopf geht ins Ausland“*, *„Wirtschaft sieht sich abgehängt“*, *„Gerry Weber schließt 122 Filialen“*, *„Große Pleiten sind zurück“*, *„Papierfabrik in Plattling geschlossen – 500 Arbeitsplätze verloren“*, *„Beim Modernisierungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Anlagevermögens ist Deutschland Schlusslicht“*, *„G7: Kein reales Wachstum in Deutschland gegenüber vor Pandemie“*, *„Deutsche Industrieproduktion seit fünf Monaten auf Talfahrt – kein Ende in Sicht“*, oder *„Deutsche Industrieproduktion wahrscheinlich bald vor neuem Absturz“*. Die Presse ist in jüngster Zeit voll von solchen Schreckensmeldungen

<https://blackout-news.de/aktuelles/deutsche-industrieproduktion-seit-fue-nf-monaten-auf-talfahrt-kein-ende-in-sicht/>).

Um die völlige De-Industrialisierung Deutschlands zu verhindern, schlägt Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger sinnvoller Weise vor, auf alle Klimavorgaben zu verzichten

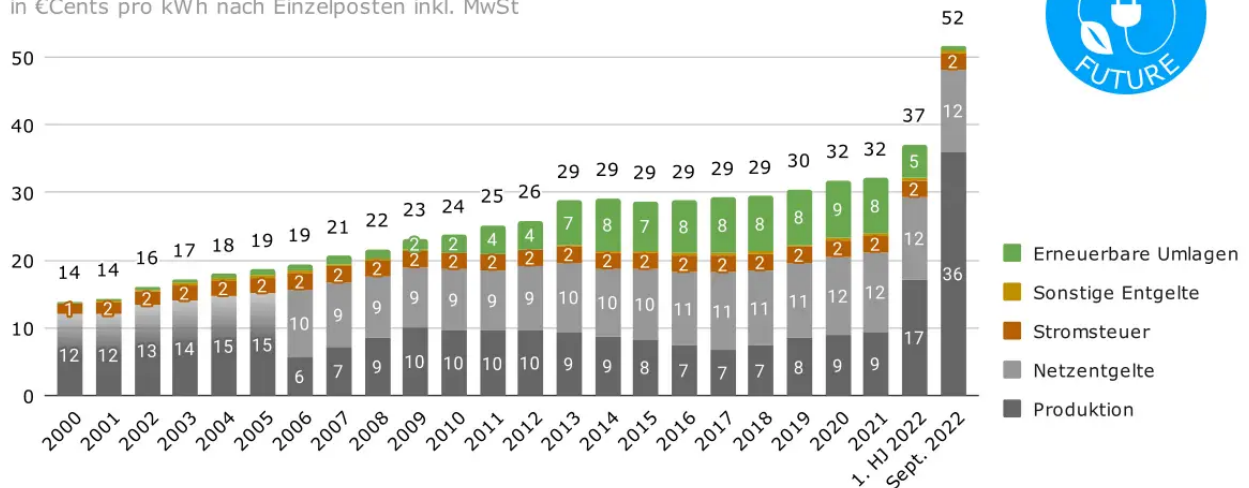
(<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/arbeitgeber-fachkraefte-klimaziele-wirtschaft-100.html>). Recht hat er! Deutschlands bekanntester und angesehenster Ökonom, Hans-Werner Sinn meint: *„Wir machen Wirtschaft und Wohlstand kaputt: Die Energiewende ist verwegen und absurd und führt Deutschland ins Desaster“* (<https://www.youtube.com/watch?v=2actqkLFpuc>).

Woran liegt es, dass Deutschland beim Wachstum nicht mithalten kann? Zum einen liegt es an den höchsten Strom- und Energiekosten weltweit (<https://www.verivox.de/strom/verbraucheratlas/strompreise-weltweit/>).

Die Strompreise für Haushalte in Deutschland (Abbildung 1) sind von 2000 bis 2020 um mehr als 400% gestiegen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/914784/umfrage/entwicklung-der-strompreise-in-deutschland-verivox-verbraucherpreisindex/>). Weitere Steigerungen sind aufgrund der Erhöhung der CO₂-Emissionsabgaben bereits beschlossen.

Strompreisentwicklung für deutsche Endverbraucher

in €Cents pro kWh nach Einzelposten inkl. MwSt



bis 2006 keine Trennung von Produktion und Netzentgelt

Quellen: bis 1. HJ 2022 - BDEW (2022), September 2022 - Verivox (2022)



Abbildung 1: Strompreisentwicklung für Endverbraucher in Deutschland (Quellen: BDEW und Verivox)

Damit sind Deutschlands Unternehmen international nicht mehr konkurrenzfähig und die deutschen Vorzeigebereiche Autobau, Maschinenbau, Chemie und Pharma stürzen ab. Die deutschen Autobauer richteten ihre Strategie in den letzten Jahren wegen der verlockend hohen staatlichen Subventionen auf den Bau von Elektroautos und reduzierten – gezwungen durch politische Vorgaben – die Produktion von Verbrennern. Die bis Ende 2022 absurd hohen Subventionierungen von Elektrofahrzeugen führten dazu, dass die Einsparung von einer Tonne CO₂ auf diese Weise zwischen zweitausend und viertausend Euro kostete, errechnete der Magdeburger Ökonom Joachim Weimann in einer Stellungnahme zum Klimaschutzgesetz. Im Europäischen CO₂-Emissionshandel liegt der Preis derzeit bei achtzig Euro pro Tonne. 80 Euro oder bis zu 4.000 Euro – die Differenz zahlt der deutsche Steuerzahler. Dem Klima ist das egal und wer klimapolitisch etwas auf sich hält, der redet nicht gern über Kosten, meint die ehemalige Bundesministerin Kristina Schröder (Welt am Sonntag, 24.12.2023).

Wegen der hohen Herstellungskosten und der vielen anderen Nachteile geht das Geschäft mit den Elektroautos aber seit dem Auslaufen der Subventionen stark zurück, denn Elektroautos kosten derzeit noch deutlich mehr in der Herstellung als Verbrenner. Dies führt zu durchschnittlich höheren Verkaufspreisen, die sich viele nicht leisten

können. Selbst die Aktien des hochgelobten chinesischen Elektroauto-Herstellers BYD stürzten innerhalb der letzten beiden Novemberwochen um 20 % ab.

Ein weiterer Nachteil: gebrauchte E-Autos verlieren sechsmal schneller an Wiederverkaufswert als Verbrenner (<https://www.notebookcheck.com/Gebrauchte-E-Autos-verlieren-sechsmal-schneller-an-Wiederverkaufswert-trotz-Preissenkungen-von-Tesla-und-gleichbleibender-Batteriekapazitaet.786919.0.html>). Tatsächlich dampfen gerade Autovermieter ihre Elektroauto-Pläne ein – unter anderem wegen schlechter Restwerte (https://www.focus.de/auto/news/sixt-schmeisst-tesla-raus-jetzt-erreicht-das-elektroauto-desaster-sogar-die-autovermieter_id_259519047.html).

Bei Elektroautos geht es nicht nur um die höheren Preise, sondern auch um die Kälte-Empfindlichkeit der Batterien und ihre erhöhte Brandgefahr (<https://www.autobild.de/artikel/elektroauto-geht-vom-e-auto-eine-erhoehte-brandgefahr-aus-18793633.html>). So legte kürzlich die Kälte in Oslo brandneue Elektrobusse im Wert von 100 Millionen Euro lahm (<https://www.bild.de/ratgeber/2023/ratgeber/zu-kalt-fuer-die-akkus-brand-neue-elektro-busse-in-oslo-lahmgelegt-86368312.bild.html>).

Carlos Tavares, Boss von Stellantis, einem der größten Automobilkonzerne der Welt, sieht das kommende Verbrenner-Neuzulassungsverbot ab 2035 in der EU sehr kritisch. Das würde nämlich der „*hart arbeitenden Mittelklasse*“ schaden, die bezahlbare Fahrzeuge braucht, um überhaupt zur Arbeit zu kommen. Aber wenn man immer stärker die Nutzung ihrer Vehikel unterbindet, während sich Betroffene keine Elektroautos leisten können, beraubt man sie ihres Rechts auf freie, individuelle Mobilität. In Deutschland, Frankreich oder Portugal riskiere man dann „Revolten“. Das britische Parlament hat gerade die Notbremse gezogen und hat das vorgesehene Gesetz zum Verbot von Verbrenner Autos abgelehnt (<https://mailchi.mp/f6c9c049610e/sunak-suffers-large-rebellion-against-the-zev-mandate?e=6f7e02b469>).

Auch die Aktien der deutschen Chemie stürzten seit Anfang 2023 deutlich ab. So schrieben die „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ am 6.12.2023 „*Die deutsche Chemie-Industrie ist ein Übernahme-Kandidat*“ (<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/706297/die-deutsche-chemie-industrie-ist-ein-uebernahme-kandidat>).

Im Verlauf mehrerer Legislaturperioden haben somit deutsche Regierungen verlässlichen Strom und Energie aus Kern- und Kohlekraftwerken ersetzt durch unzuverlässigen „Zappelstrom“ aus Wind- und Solaranlagen. Damit trieben sie die Strompreise in die Höhe und die De-Industrialisierung der traditionell gut florierenden deutschen Wirtschaft voran. Ziel war eigentlich die Vollversorgung auf Basis von Wind- und Solarkraft bis 2035. Viele Studien von Experten ohne staatlichen Auftrag weisen seit langem daraufhin, dass dieser Plan nicht aufgehen kann. Die Ergebnisse solcher Studien bleiben unbekannt, weil sie ohne die mediale Power von

Regierung und Klima-NGOs kaum Chance auf Verbreitung haben. Auch eine umfangreiche Studie aus dem April 2023 bestätigt, dass dieser Plan nicht aufgehen kann und widerlegt damit das Versprechen auf künftig viel billigere Energie

(https://e-vc.org/wp-content/uploads/e.venture_Strommarkt-2040_Versand.pdf).

So ist es nicht verwunderlich, dass einige Staaten, Unternehmen, Banken und Investoren damit beginnen, sich aus der Klima-Hysterie zurückzuziehen. Weitere werden mit Gewissheit folgen, denn viele Investoren sehen mittlerweile ein, dass man viel Geld in den Sand setzen kann, wenn man versucht, sich den Naturgesetzen zu widersetzen.

Auch die Bevölkerung traut den Behauptungen der staatlich kontrollierten Wissenschaft nicht mehr und beginnt, das Märchen vom CO₂-verursachten Klimawandel anzuzweifeln. In Deutschland sieht man dies am Rückgang des Vertrauens in die Partei der Grünen und in die SPD sowie am Zuwachs bei der AfD, der einzigen Partei in Deutschland, die den „menschengemachten Klimawandel“ in Frage stellt. In mehreren Ländern wurden in letzter Zeit Parteien und Regierungen gewählt, die öffentlich der „Netto Null“ Hysterie (bis 2050 soll der Zuwachs an CO₂-Emissionen bei Null liegen) entgegentreten. Den Menschen ist ihr Verhältnis zum Klimawandel keineswegs gleichgültig. Aber sie nutzen bei diesem Thema mehr und mehr ihren gesunden Menschenverstand. Zwischen den atmosphärischen CO₂-Konzentrationen und der Erdtemperatur besteht nun mal kein kausaler Zusammenhang. Die Menschen beginnen sich zu fragen, warum sollte man für die Hemmung von CO₂-Emissionen Billionen von Euro ausgeben, angeblich um die Erderwärmung zu hemmen, wo doch zwischen CO₂ und Erderwärmung überhaupt keine Kausalität besteht?

Bei Nutzung ihres eigenen Gehirns erkennen immer mehr Menschen, wie unplausibel das Narrativ ist, der Mensch sei für den Klimawandel verantwortlich, aber Sonne und Wolken hätten damit nichts oder nur ganz wenig zu tun. Dass dieses Narrativ unmöglich stimmen kann, wird auch dadurch verdeutlicht, dass sich nicht nur die Erde, sondern auch die übrigen Planeten des Sonnensystems erwärmen

(<http://www.gaebler.info/f/Klimawandel,%20der%20Mensch%20und%20das%20Sonnensystem.pdf>). Die Menschen erkennen mittlerweile, dass sie in Hinsicht auf Klimawandel und Energiewende jahrelang von Regierung, regierungsabhängigen NGOs und Forschungsinstituten und von Lobbyisten und Aktivisten des „Klima-Industriellen Komplexes“ an der Nase herumgeführt wurden. Als Ergebnis dieser Erkenntnis sehen wir auch international den Absturz links-grüner Parteien bei kürzlich erfolgten Wahlen.

Auch die Allianzen zwischen Medien und Klimabewegung (<https://axelbojanowski.substack.com/p/gruener-journalismus-kritik-klima-debatte>) beginnen zu bröckeln (https://axelbojanowski.substack.com/p/klimakatastrophe-und-klimaforschung-in-medien?utm_source=substack&utm_medium=email&utm_campaign=email-

restack-comment&r=a0hg0). „Aufstand gegen den GREEN DEAL“ betitelte die Welt am Sonntag am 10.12.2023 einen Artikel. Im Zentrum steht die Frage nach der Balance, nach Maß und Mitte: Geht die EU beim Klimaschutz zu weit und vernachlässigt die Wirtschaft? Viele sehen die Wettbewerbsfähigkeit der Staatengemeinschaft in Gefahr. Weltkonzerne, Mittelständler, Landwirte, alle klagen über zu viele Öko-Regeln aus Brüssel. Und einige haben schon angekündigt, Europa zu verlassen und lieber in Amerika zu investieren.

Auch die Klimabewegung verlor in diesem Jahr an Ansehen und an Einfluss. Die „Klimakleber“ der „Letzten Generation“ wurden gar zu deutschen Hassfiguren. Zwei Staatsanwaltschaften hegen sogar den Verdacht einer kriminellen Vereinigung. In Umfragen lehnten Ende 2023 achtzig Prozent der Deutschen die Proteste der letzten Generation ab. Selbst „Klimaikone“ Greta Thunberg, die Vertreter unserer Kirchen bereits mit Jesus Christus verglichen (<https://www.evangelisch.de/inhalte/155887/13-04-2019/bischof-koch-vergleicht-greta-mit-jesus>), hat sich mit ihrem offen gezeigten Antisemitismus ins Abseits manövriert.

Der Rückzug von Unternehmen, Banken und Investoren aus dem teuren, hochriskanten und wenig Erfolg versprechenden Geschäft mit angeblich „Erneuerbaren“ (Anmerkung: Wind, der einmal in Energie umgewandelt wurde, ist ein für alle Mal weg und ist nicht erneuerbar), aber völlig unzuverlässigen Energien führt als Konsequenz dazu, dass auch die Aktien von Unternehmen der Wind- und Solarbranche abstürzen. Investoren haben die „Erneuerbaren“ als Verlustgeschäft erkannt. Der Windradbauer Siemens Energy bekam von der Bundesregierung Milliarden-Garantien, macht aber dennoch weiter hohe Verluste (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/siemens-energy-gamesa-windkraft-garantien-1.6303753>). Die Aktien von Siemens Energy stürzten innerhalb von 4 Monaten um die Hälfte ab.

Markbygden in Schweden, der größte Onshore-Windradpark Europas steht vor der Pleite. Auf einer Fläche von 450 Quadratkilometern wollte Schweden im Windpark Markbygden bis 2026 rund 1100 Windkraftwerke bauen. Doch nun droht das Projekt zu scheitern. Der Grund: Windstille und technische Probleme (https://www.achgut.com/artikel/europas_mega_windpark_vor_der_insolvenz)

Chinesische Photovoltaikhersteller drosseln ihre Produktion und reduzieren die Preise weil die Verkäufe von Photovoltaikanlagen zurückgehen (www.pv-magazine.de/2023/12/08/chinesische-modulpreise-rutschen-auf-neues-rekordtief-photovoltaik-hersteller-drosseln-produktion).

Immer weniger Investoren sind bereit, in das Hochrisikogeschäft mit „Erneuerbaren“ zu investieren. Auch Banken beginnen, aus dem Verlustgeschäft der „Erneuerbaren“ auszusteigen

(<https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/banken-vier-europaeische-grossbanken-treten-aus-globaler-klimainitiative-aus/100001759.html>). Nach Angabe des Finanzanalyse Unternehmens Morningstar sind die vierteljährlichen Zuflüsse in „nachhaltige“ Publikumsfonds global von 184 Milliarden Dollar im 4. Quartal 2021 auf weniger als 14 Milliarden Dollar im 3. Quartal 2023 gefallen. Seit Ende 2021 ist eine Anlage in die „nachhaltige“ Version des Welt-Aktienindex MSCI-World im Preis um 1 Prozent gefallen, wohingegen eine Anlage in den Öl- und Gasbereich des Index im Preis um 43 Prozent gestiegen ist. Jetzt werden private Investoren dringend gesucht, denn das deutsche Verfassungsgericht hat dem sinnlosen Verpulvern von Steuergeldern durch die deutsche Regierung einen Riegel vorgeschoben.

Seit Monaten fleht Markus Gürne, Kommentator der ARD-Sendung „Wirtschaft vor Acht“, es mögen doch bitte mehr private Investoren dabei helfen, „Erneuerbare“ zu finanzieren. Es gäbe dabei große Chancen, Geld zu verdienen. Dass dies keineswegs so ist, haben mittlerweile neben den Banken und den institutionellen Anlegern auch die Privatinvestoren erkannt. **Investoren mögen nun mal keine Verluste auf Dauer!** Sie beginnen immer stärker, das Märchen vom CO₂-verursachten Klimawandel anzuzweifeln. Der beste Beweis dafür sind die deutlich rückläufigen Aktienkurse von Unternehmen aus dem Bereich der sogenannten „Erneuerbaren“ Energien. Benny Peiser, der Direktor der „Global Warming Policy Foundation“ sagte in einer Diskussionsrunde vor Kurzem: *„Das Zeitalter der Klimahysterie ist vorbei“*. Wirtschaft und Investoren wenden sich ab von der deutschen Klima- und Energiepolitik, aber sowohl die deutsche Bundesregierung und die von ihr gesponserten NGOs, als auch viele der Teilnehmer am COP28 haben das noch nicht bemerkt.

An Heiligabend 2023 wurde mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, als insgesamt verbraucht wurde. Auf dem Strommarkt hatte der Überschuss Auswirkungen, die den Investoren nicht gefallen dürften: 38 Stunden lang – vom 24. Dezember um 0 Uhr bis zum 25. Dezember um 14 Uhr – wurden am Spotmarkt durchgängig negative Preise gezahlt. Wenn negative Preise auftreten, müssen Käufer für den Strom nicht bezahlen, sondern werden von den Herstellern von Windkraftstrom dafür bezahlt, dass sie Strom abnehmen

(<https://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/strompreise-s-tuerzen-heiligabend-ins-negative-19407118.html>). Je mehr Windkraftanlagen gebaut werden, umso riskanter wird das Verlustgeschäft für jeden einzelnen Investor.

Noch etwas, das Windkraft-Investoren vielfach nicht berücksichtigen: Der Wald wird durch Windkraft-Anlagen massiv und dauerhaft (Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte) geschädigt. Hierdurch müssen Waldeigentümer bei Pachtende mit erschreckend hohen Risiken in Hinsicht auf die Rückbaukosten rechnen

(<https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/windraeder-wald-risiken-waldeigentuemmer-windkraftanlagen-wka/amp>).

Die geplatzen Reisepläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck zum COP 28 nach Dubai stehen dabei sinnbildhaft für die Misere, die deutsche Klimapolitiker wie Habeck angerichtet haben. Versprochen wurden den Bürgern mit der sogenannten Energiewende blühende Landschaften: rotierende Windräder, sauberer Sonnenstrom und intelligente Stromnetze. Kosten sollte das die Deutschen nicht mehr als eine Kugel Eis. Das jedenfalls hatte einer von Habecks Parteifreunden, Jürgen Trittin, einmal in Aussicht gestellt.

Joana Cotar, fraktionslose Abgeordnete, sagte im Plenum des deutschen Bundestags: *„Es wird teuer für die Bürger! Schon jetzt wissen wir, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wird 2024 erhöht, der CO₂-Preis wird erhöht, die Maut wird nicht nur erhöht, sondern ausgeweitet, die Zusatzbeiträge zu den Krankenkassen steigen, die Mehrwertsteuer für Gas steigt, die Netzentgelte werden erhöht usw. Die Regierung gibt 200 Millionen Euro für die Umsetzung der nationalen Klimaziele Kolumbiens aus, 184 Millionen für die Korruptionsbekämpfung in Serbien, 100 Millionen für eine sozial gerechte Energiewende im Senegal, 315 Millionen für Busse und Radwege in Peru, 85 Millionen für die Einführung einer flächendeckenden Krankenversicherung in Tansania, 4 Milliarden für grüne Energie in Afrika. Meinen Sie nicht, dass es hier mal an der Zeit ist, Abstriche zu machen und die eigene Bevölkerung an erste Stelle zu setzen? Überdenken Sie die Entwicklungshilfe für Indien! Die fliegen zum Mond“.*

Nun endlich stoppt die Bundesregierung auch Förderprogramme für „Klimaschutzmaßnahmen“, nicht aus Weitsicht sondern aus Geldmangel (<https://www.deutschlandfunk.de/bund-stoppt-foerderprogramme-fuer-klimaschutz-massnahmen-100.html>). Beim Weltklimagipfel in Dubai, jedoch, zeigte sich die Bundesregierung sehr spendabel und gab schnell mal 100 Millionen in einen Fördertopf ohne Boden. Und Annalena Baerbock legte zum Ende des Klimagipfels noch weitere 60 Millionen obendrauf. Für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland aber steigen die Preise für Strom und fürs Heizen und Tanken. Von der Wirtschaft und den privaten und institutionellen Investoren erwartet die Bundesregierung, dass diese sich weiterhin für die defizitären Klimaprojekte engagieren. Kein Investor, jedoch, investiert gerne in Projekte des Mittelalters oder – um es mit den Worten des COP28 Präsidenten Al Jaber auszudrücken – in den Bau von Wohnhöhlen. In einer Umfrage der Saarbrücker Zeitung lehnten übrigens 90% der Befragten ein Aus von Öl- und Gasheizungen ab 2024 ab.

Die Ampelkoalition wollte den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen. Doch die Bundesnetzagentur hat nun die vorzeitige Stilllegung von Kohlekraftwerken untersagt. Die Entscheidung klingt wie ein Misstrauensvotum gegen die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus249179614/Verbot-der-Stilllegung-Bundesnetzagentur-ueberrascht-mit-Veto-gegen-Kohleausstieg.html>).

Gewinner der Klimahysterie ist zweifellos China (<https://www.thegwpf.org/publications/fossil-fuels-for-china-decarbonisa>

tion-for-everyone-else/). China schaut seelenruhig zu wie sich die Länder des Westens im Namen der Energiewende de-industrialisieren – Deutschland mit Abstand vorne weg. Für die eigene Energieversorgung wählt China einen sinnvollen Energiemix aus Kohle, Kernkraft und „erneuerbaren“ Energien. Die übrige Welt hat sogar zugestimmt, dass China bis 2060 massenweise neue Kohle- und Kernkraftwerke baut. Bis 2060 werden die westlichen Länder pleite sein, falls nicht rechtzeitig vorher Vernunft eintritt. China steht dann als einzige Supermacht und als strahlender Gewinner da.

Weitere große Länder wie Indien, Brasilien, Saudi Arabien, Nigeria, China, Russland und Indonesien

(<https://mailchi.mp/99f975d4b595/cop28-mugged-by-reality-climate-scientists-concede-defeat-199900?e=6f7e02b469>) haben bereits angekündigt, dass sie in Zukunft keineswegs auf die Förderung und Nutzung fossiler Energieträger verzichten werden und nicht bereit sind, sich einzig auf „regenerative“ Energien zu verlassen. Auch die USA werden wohl kaum auf die Förderung von Öl und Gas durch Fracking verzichten, egal was ein Weltklimagipfel auch immer beschließen möge. In vielen Ländern der Welt werden neue Kohlekraftwerke gebaut, entgegen der Intentionen des Weltklimagipfel von Paris 2015. Wenn Annalena Baerbock bei der Pressekonferenz tönt: *„Diese Klimakonferenz besiegelt de facto das Ende des fossilen Zeitalters“*, dann muss sich doch jeder mit einem gesunden Menschenverstand fragen: *„Auf welchem Planeten lebt diese Frau eigentlich?“* Die Kosten zum Erzielen von Netto Null CO₂ Emissionen sind für alle Länder viel zu hoch. So hat die Beratungsgesellschaft DeLoitte berechnet, dass zum Erreichen von „Netto Null“ bis zum Jahr 2050 global 200 Billionen US Dollar erforderlich wären. McKinsey & Co. errechneten gar 275 Billionen Dollar als erforderlich. Das ist etwa 2,6 mal das Bruttoinlandsprodukt der ganzen Welt für das Jahr 2023.

(<https://www.forbes.com/sites/davidblackmon/2023/12/03/the-central-problem-for-cop28-where-will-all-this-money-come-from/?sh=8f4ac3a68d0d>).

Auch die Klimawissenschaft steht bei immer mehr Menschen im Verdacht, Gefälligkeitsergebnisse zu produzieren – sei es aus Überzeugung, sei es aus Konformismus oder aus Angst um den Verlust von Fördermitteln. So sagte der deutsche Klima-„Experte“ Mojib Latif bereits im Jahr 2000: *„Solche Winter mit Eis und Schnee werden wir künftig in unseren Breiten nicht mehr erleben.“* Seitdem gab es in unseren Breiten keinen einzigen Winter ohne Schnee und Eis!

Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore, der große Gewinner beim Verkauf von CO₂-Emissionsrechten prophezeite im Jahr 2009: *„Aufgrund der menschengemachten Klimaerwärmung wird der Nordpol bis zum Sommer 2013 Eis-frei sein“*. Seit 10 Jahren soll seiner unmaßgeblichen „Experten“-Meinung nach der Nordpol eisfrei sein! Der Deutsche Wetterdienst hingegen berichtete von einer arktischen Meereisausdehnung von 8,16 Millionen km² im Juli 2023, also mitten im arktischen Sommer (https://dwd.de/DE/wetter/thema_des_tages/2023/9/11.html).

An den Gefälligkeitsaussagen dieser beiden „Klimaexperten“ und einiger weiterer „Klimaexperten“ auf ähnlich niedrigem Niveau orientiert unsere Bundesregierung noch immer ihre Klima- und Energiepolitik. Wenn als zweifelhaft wahrgenommene Erkenntnisse wiederum zur Grundlage für Einschränkungen und Belastungen durch politische Maßnahmen werden, erreicht die Akzeptanz ihre Grenzen. Investoren und Unternehmen beginnen, das Märchen vom CO₂-verursachten Klimawandel anzuzweifeln. Wirtschaft und Investoren befinden sich in einer Akzeptanzwende, aber unsere Regierung und die von ihr gesponserten NGOs haben das noch nicht bemerkt oder wollen es nicht bemerken.

Was beim COP 28 in Dubai abging könnte man vergleichen mit einem leeren Mehlsack. Der Mehlsack ist zwar leer, aber die Gläubigen der Klimakirche haben das noch nicht bemerkt, denn wenn man den leeren Mehlsack kräftig genug schüttelt, dann staubt er immer noch ein bisschen. Viel Lärm um nichts!

Nach langem hin- und her hat sich das COP28 auf einen gemeinsamen Schlussbericht geeinigt, aber dem Klima ist das egal, denn die Sonne scheint so wie sie will und nicht so wie es bei einem Weltklimagipfel oder in einer Kabinettsitzung der deutschen Bundesregierung beschlossen wird. Das COP28 ist zu Ende und die Medien werden das für sie so lukrative Weltuntergangsszenario weiterspinnen, aber immer weniger Leser werden ihnen glauben. Ob fossile Energieträger weiterhin Verwendung finden oder nicht, ob weiterhin CO₂ emittiert wird oder nicht, mit dem Klima hat dies alles nichts zu tun. Das Märchen, CO₂ sei für Klimaveränderungen verantwortlich, ist längst widerlegt (für Originalliteratur siehe <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/co%E2%82%82-aus-atmosphaere-zu-entfernen-ist-sinn-und-zwecklos-a3574685.html>). Nur ganze 0,3% der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Klimawandel sind noch der Meinung, die Klimaerwärmung sei vom Menschen verursacht (Legates et al. 2013: <https://www.wmbriggs.com/public/Legates.etal.2015.pdf>).

Woher kommt der Strom? Windstromerzeugung verringert sich

geschrieben von AR Göhring | 21. Januar 2024

1. Analysewoche 2024 von Rüdiger Stobbe

Die starke Windstromerzeugung der letzten beiden Analysewochen des Jahres 2023 hielt bis zum vierten Januar 2024 um 6:00 Uhr an. Dann verringerte sich die Windstromerzeugung innerhalb von 14 Stunden = 20:00 Uhr auf ein knappes Viertel des Wertes (8,6 GW) um 6:00 Uhr (36,9 GW) morgens. Bereits um 13:00 Uhr benötigte Deutschland Importstrom. Strom, der bis zum fünften Januar um 7:00 Uhr importiert wurde. Am vierten Januar um 18:00 Uhr wurde der Wochenhöchstpreis erzielt. 144,70€/MWh wurde den ausländischen Stromexporteuren, aber auch allen deutschen Stromerzeuger gezahlt. Am Freitag kam es noch zu einem Windbuckel. Am Samstag und der Sonntag wurde nur wenig Windstrom erzeugt. Es waren immer wieder kleinere Stromimporte angezeigt, weil die fossile Stromproduktion nicht ausreichte. Diese Importe wurden entsprechend höher vergütet als deutscher Strom ohne Importnotwendigkeit, weil ausreichend zu Bedarfsdeckung.

Die ersten vier Analysetage des neuen Jahres 2024 inkl. dem bedarfsarmen Neujahrstag zeichneten sich durch teilweise deutliche Stromübererzeugung aus. Der Strompreis reagierte entsprechend. Wobei am Mittwoch von 0:00 bis 5:00 Uhr knapp negative Strompreise aufgerufen wurden. Mit der Folge, dass die regenerativen Erzeuger keine Vergütung nach dem EEG erhielten. Die konventionellen Stromerzeuger hingegen bekommen ihre Systemdienstleistung zwecks Stabilisierung der Stromnetze mittels großer Stromgeneratoren bezahlt. Diese Stromzusatzenerzeugung wird auch in der Zukunft immer notwendig sein und die gewollte Steigerung der Stromerzeugung mittels Windkraft und PV-Anlagen wirtschaftlich immer unattraktiver machen. Die Zeiträume, in denen viel zu viel und damit preissenkender Strom im Markt sein wird, werden immer umfangreicher. Bei diesem Schaubild müssen die 20% konventionell erzeugter Strom noch gedanklich hinzugerechnet werden. Das bedeutet, dass der Strom der ersten vier Tag praktisch verschenkt werden muss. Wenn nicht zum Teil sogar negative Strompreise generiert werden. Das ist keine Schwarzseherei, das ist eine seriöse Abschätzung der Folgen für die Preisbildung bei Durchführung des geplanten Ausbaus der „Erneuerbaren“.

Wochenüberblick

Montag, 1.1.2024 bis Sonntag, 7.1.2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 54,2 Prozent.** Anteil regenerativer Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **66,6 Prozent**, davon Windstrom 52,2 Prozent, PV-Strom 2,0 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,4 Prozent.

- Regenerative Erzeugung im Wochenüberblick 1.1.2024 bis 7.1.2024
- Die Strompreisentwicklung in der 1. Analysewoche 2024.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Wochenvergleich zur 1. Analysewoche ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zur 1. KW 2024: Factsheet KW 1/2024 – Chart, Produktion, Handelswoche, Import/Export/Preise, CO₂, Agora-Chart 68 Prozent Ausbaugrad, Agora-Chart 86 Prozent Ausbaugrad.

- NEU: Deutschland sechs Monate ohne Kernkraftstrom – Artikel bei enexion & Interview bei Kontrafunk (Mikro 1)
- „Sackgasse Energiewende“ – Zusammenfassung der wichtigsten Fakten
- Kontrafunk-Interview mit Rüdiger Stobbe im MEDIAGNOSE Spezial-Artikel zum Thema *Industriestrompreis*
- Der Heizungstipp: Gas-, Ölheizung oder Wärmepumpe? Heinz Fischer, Heizungsinstallateur aus Österreich hier bei Kontrafunk vom 12.5.2023
- Weitere Informationen zur Wärmepumpe im Artikel 9. Analysewoche.
- Prof. Ganteförs überraschende Ergebnisse zu Wärmepumpe/Gasheizung (Quelle des Ausschnitts)
- Interview mit Rüdiger Stobbe zum Thema Wasserstoff plus Zusatzinformationen – Weitere Interviews zu Energiethemen
- Viele weitere Zusatzinformationen
- Achtung: Es gibt aktuell praktisch keinen überschüssigen PV-Strom (Photovoltaik). Ebenso wenig gibt es überschüssigen Windstrom. Auch in der Summe der Stromerzeugung mittels beider Energieträger plus Biomassestrom plus Laufwasserstrom gibt es *keine* Überschüsse. Der Beleg 2022, der Beleg 2023. Überschüsse werden bis auf wenige Stunden immer konventionell erzeugt!

Jahresüberblick 2024 bis zum 7. Januar 2024

Daten, Charts, Tabellen & Prognose zum bisherigen Jahr 2024: Chart 1, Chart 2, Produktion, Stromhandel, Import/Export/Preise/CO₂

Tagesanalysen

Was man wissen muss: Die Wind- und PV-Stromerzeugung wird in unseren Charts fast immer „oben“, oft auch über der Bedarfslinie angezeigt. Das suggeriert dem Betrachter, dass dieser Strom exportiert wird. Faktisch geht immer konventionell erzeugter Strom in den Export. Die Chartstruktur zum Beispiel mit dem bisherigen Jahresverlauf 2024 bildet den Sachverhalt korrekt ab. Die konventionelle Stromerzeugung folgt der regenerativen, sie ergänzt diese. Falls diese Ergänzung nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken, wird der fehlende Strom, der die elektrische Energie transportiert, aus dem benachbarten Ausland importiert.

Eine große Menge Strom wird im Sommer über Tag mit PV-Anlagen erzeugt. Das führt regelmäßig zu hohen Durchschnittswerten regenerativ erzeugten Stroms. Was allerdings irreführend ist, denn der erzeugte Strom ist ungleichmäßig verteilt.

Montag, 1. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 68,4 Prozent**. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **81,3 Prozent**, davon Windstrom 65,0 Prozent, PV-Strom 3,4 Prozent, Strom

Biomasse/Wasserkraft 12,8 Prozent.

Der bedarfsarme Neujahrstag. Bis 13:00 Uhr reichte die regenerative Erzeugung aus, um Deutschlands Bedarf zu decken. Der Strompreis war entsprechend tief.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 1. Januar ab 2016

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 1.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Dienstag, 2. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 63,8 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **75,9 Prozent**, davon Windstrom 63,0 Prozent, PV-Strom 0,9 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,1 Prozent.

Eine Winddelle konnte auch durch die sehr schwache PV-Stromerzeugung plus fossile Erzeugung über die Mittagszeit nicht ausgeglichen werden. Daher der Stromimport. Die Strompreisbildung.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 2. Januar ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 2.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Mittwoch, 3. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 70,3 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **80,6 Prozent**, davon Windstrom 68,0 Prozent, PV-Strom 2,3 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 10,4 Prozent.

Bis 6:00 Uhr bezogen auf den Bedarf starke mit Windstromerzeugung mit negativen Strompreisen. Erst dann erholt sich der Preis.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 3. Januar ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 3.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Donnerstag, 4. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 49,6 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **62,0 Prozent**, davon Windstrom 47,4 Prozent, PV-Strom 2,2 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,3 Prozent.

Reicht am Morgen die regenerative Erzeugung noch aus, um den Bedarf zu decken, kommt es ab 12:00 Uhr zu Stromimporten. diese sind unabdingbar, denn die Windstromerzeugung bricht stark ein. Der Wochenhöchstpreis wird aufgerufen.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 4. Januar ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 4.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Freitag, 5. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 45,7 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **57,7 Prozent**, davon Windstrom 43,6 Prozent, PV-Strom 2,1 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,0 Prozent.

Erst um 7:00 Uhr ist kein Importstrom mehr notwendig. Die Windstromerzeugung bleibt schwach aber gleichmäßig. Die Strompreisentwicklung.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 5. Januar ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 5.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Samstag, 6. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 36,7 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **50,8 Prozent**, davon Windstrom 35,4 Prozent, PV-Strom 1,2 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 14,1 Prozent.

Wenig Bedarf, aber auch wenig regenerative Stromerzeugung. Die Importstromphase kostet.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 6. Januar ab 2016.

Daten, Tabellen & Prognosen zum 6.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Sonntag, 7. Januar 2024: **Anteil Wind- und PV-Strom 39,0 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **52,9 Prozent**, davon Windstrom 37,5 Prozent, PV-Strom 1,5 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 13,9 Prozent.

Etwas mehr Windstrom, etwas weniger Importstrom als gestern. Der Sonntagsbedarf ist gering. Die Strompreisbildung.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 7. Januar ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 7.1.2024:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂ inkl.
Importabhängigkeiten

Peter Hager

PKW-Neuzulassungen Dezember 2023: Sehr starker Rückgang bei E-Autos

Die PKW-Neuzulassungen lagen im Dezember bei 241.883 Einheiten. Im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 314.310 Neuzulassungen beträgt der Rückgang 23 %. Gegenüber dem November 2023 mit 245.701 PKW gab es ein kleines Minus von 1,5 %.

Zum Teil deutliche Zuwächse gab es bei den Hybrid-PKW (ohne Plug-in) und den Fahrzeugen mit reinem Benzin- bzw. Dieselantrieb.

Besonders starke Rückgänge gab es bei den Plug-in-Hybrid-PKW (wie in allen Monaten in 2023) sowie den reinen E-PKW (BEV).

Im Dezember 2022 führten die Subventionskürzungen bei E-Autos ab Januar 2023 (Reduzierung bei BEV und Wegfall bei Plug-in-Hybriden) zu einem deutlichen Anstieg bei deren Neuzulassungen. So erreichte damals der Zulassungsanteil der Elektro-PKWs (BEV und Plug-in-Hybrid) mit 55,4 % einen neuen Höchstwert.

Nach Antriebsarten

Benzin: 74.896 (+ 14 % ggü. 12/2022 / Zulassungsanteil: 31 %)

Diesel: 37.403 (+ 10,3 % ggü. 12/2022 / Zulassungsanteil: 15,5 %)

Hybrid (ohne Plug-in): 55.687 (+ 38 % ggü. 12/2022 / Zulassungsanteil: 23 %)

darunter mit Benzinmotor: 39.962

darunter mit Dieselmotor: 15.725

Plug-in-Hybrid: 17.894 (- 74,4 % ggü. 12/2022 / Zulassungsanteil: 7,4 %)

darunter mit Benzinmotor: 16.810

darunter mit Dieselmotor: 1.084

Elektro (BEV): 54.654 (- 47,6 % ggü. 12/2022 / Zulassungsanteil: 22,6 %)

Quelle

Die beliebtesten zehn E-Modelle in 12/2023 (Gesamt: 54.654)

VW ID 4/5 (SUV): 3.456
BMW 4er (Mittelklasse): 3.222
Skoda Enyaq (SUV): 3.185
Fiat 500 (Minis): 3.001
BMW X1 (SUV): 2.730
Tesla Model Y (SUV): 2.721
Seat Born (Kompaktklasse): 2.524
Opel Corsa (Kleinwagen): 2.287
MG Roewe 4 (Kompaktklasse): 1.775
VW ID 3 (Kompaktklasse): 1.573

Ampel beendet abrupt die „Förderung“ von E-Autos (BEV)

Das kam für Käufer, Händler sowie Hersteller mehr als überraschend. Eigentlich sollte die Subventionierung von reinen E-Autos (ab 01.01. mit einem gesenkten staatlichen Anteil der Kaufprämie von 3.000 Euro für PKW mit einem Nettolistenpreis bis 45.000 Euro) erst zum Jahresende 2024 auslaufen bzw. solange sich noch Geld im Fördertopf befindet.

Nun hat die Ampel in einer „Hauruck-Aktion“ die Förderung ohne Vorlaufzeit zum 17.12.2023 beendet. Begründet wurde dies mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und der erforderlichen Neuordnung des Bundeshaushalts. Der Regierung fehlt schlicht das Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds.

Käufer, deren Fahrzeug noch nicht geliefert oder noch nicht zugelassen waren, gehen plötzlich leer aus. Besonders hart trifft es die Käufer, welche die „Förderung“ des bereits gelieferten oder sogar des bereits zugelassenen Fahrzeugs noch nicht beantragt hatten. Manche Hersteller übernehmen den Anteil der Regierung für die betroffenen Käufer mit. Dennoch: Wie sich der abrupte Wegfall der staatlichen Förderung für Kauf und Zulassung von E-Autos auswirkt, bleibt abzuwarten. Verlässlichkeit sieht jedenfalls anders aus.

Die bisherigen Artikel der Kolumne *Woher kommt der Strom?* mit jeweils einem kurzen Inhaltsstichwort finden Sie hier. Noch Fragen? Ergänzungen? Fehler entdeckt? Bitte Leserpost schreiben! Oder direkt an mich persönlich: stromwoher@mediagnose.de. Alle Berechnungen und Schätzungen durch Rüdiger Stobbe und Peter Hager nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewähr.

Rüdiger Stobbe betreibt den Politikblog *Mediagnose*.

Subventionen für die deutsche Solarindustrie – ein Resilienzbonus

geschrieben von Admin | 21. Januar 2024

Habeck will die Abwanderung der Solarindustrie verhindern – natürlich mit Geld, das allerdings fehlt. Es wird kaum wie bei der Windkraft gelingen, die Förderung als Dauersubvention zu installieren. Bald wird der Resilienzbonus aufgebraucht sein. Der Schweizer Solarhersteller Meyer Burger kündigt an, sein Werk im sächsischen Freiberg zu schließen.

Von Frank Hennig

Diese sprachliche Perle erreichte uns aus dem Haus des ministernden Philosophen Robert Habeck. Was sagt sie uns? Als Resilienz bezeichnet man die Widerstandsfähigkeit, das kann in psychologischer, soziologischer oder technisch-wirtschaftlicher Hinsicht gemeint sein. Wie kann es dafür einen Bonus geben?

Unsere Industrie hat an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren, mehrere Standortnachteile lassen sich nicht mehr kompensieren. Sie ist der Konkurrenz aus China und anderen sich dynamisch entwickelnden Ländern ziemlich schutzlos ausgeliefert. Die heimische PV-Paneelproduktion ist im internationalen Vergleich kaum wettbewerbsfähig. Da hilft auch höhere Qualität wenig. Deutsche Produkte werden mit weniger Giftstoffen produziert, sie haben einen höheren Wirkungsgrad, auch deshalb sind sie teurer.

Nun möchte der Minister die schwächelnde deutsche Solarindustrie im Land halten oder sie sogar zurückholen. Es soll ein „Solarpaket“ geben, in dessen Rahmen Ausschreibungen stattfinden. Danach gibt es Geld, in welcher konkreten Form auch immer. Ursprünglich waren 1,3 Milliarden Euro vorgesehen, die werden es nun nach der gerichtlich bestätigten Haushaltsschummelei nicht werden. Länderbeteiligung wird erhofft, aber die Ministerpräsidenten sind, wie wir gerade an den Reaktionen auf die Proteste der Landwirte sehen, unsichere Kantonisten.

Branchenvertreter fordern eine solche Subventionierung schon länger, das wundert niemanden. Da die Erneuerbaren-Lobbyisten über direkten Draht Einfluss auf die Regierung nehmen können, folgt man dort weitgehend ihren Forderungen. Lobbyismus ist nicht verboten, Bestechlichkeit nicht nachweisbar. Man kann sich auch anders erkenntlich zeigen und politische Hilfe beispielsweise mit gut dotierten Posten entlohnen.

Gut versorgt

Die ehemalige saarländische grüne Umweltministerin Simone Peter ist heute Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), Kerstin

Andreae, ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete, ist heute Geschäftsführerin des Bundesverbandes der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Der Bürochef von Annalena Baerbock, Titus Rebhan, wechselte zu RWE, sicherlich ohne Gehaltsverlust, aber mit sicherer Zukunft. Bei Agora wird künftig auch noch die eine oder andere gut dotierte Stelle frei sein. Man sollte also seine künftigen Ernährer pfleglich behandeln und seinen Wünschen nachkommen.

Nun sind Pilotausschreibungen für einen Resilienzbonus geplant, wozu aber noch Abstimmungen mit der EU nötig sind. Die ursprünglich geplanten 1,3 Milliarden Euro werden sich durch den sogenannten Haushaltskompromiss der Ampelregierung reduzieren, der nun wohl durch einen weiteren Kompromiss im Sinne des aktivistischen Try-and-error geändert werden wird.

Am Ende wird vermutlich Geld fließen. Die Lage der PV-Industrie in Deutschland bleibt angespannt, die goldenen Zeiten hoher EEG-Umlagen sind vorbei. PV-Produzent und Platzhirsch Meyer Burger spricht von Erwägungen zur Abwanderung in die USA. Nun machte der Schweizer Solarhersteller Meyer Burger bekannt, dass er die Schließung seines Werks im sächsischen Freiberg plant, wie *Bild* berichtet. Demnach könnte es bereits Anfang April 2024 zur Schließung der größten Solarmodulproduktion Europas kommen. 500 Mitarbeiter müssten jetzt um ihre Arbeitsplätze bangen.

Herr Habeck will natürlich nicht, dass die deutsche Solarindustrie ins Ausland abwandert und möchte das Problem – im Andenken an das System Merkel – mit Geld zuschütten, an dem es nun allerdings mangelt. Es wird kaum wie bei der Windkraft gelingen, die Förderung zu verstetigen und sie als Dauersubvention zu installieren. Bald wird der Resilienzbonus aufgebraucht sein, der Rückzug kommt nur später.

Schieflage im System

Dass auch hier die Energierevolution ihre Kinder frisst, ist leicht erkennbar. PV-Module energieintensiv bei gleichzeitig hohen Strompreisen zu produzieren, ist realwirtschaftlich schlecht möglich. So schrumpft neben der konventionellen Industrie auch die EE-Hersteller-Industrie. Dazu kommen die einsetzende Kannibalisierung und der nicht schritt haltende Netzausbau. Wer wird künftig bei netzgefährdendem Überangebot der „Erneuerbaren“ zuerst abgeschaltet: Windkraftanlagen oder PV-Großanlagen? Was tun mit PV-Anlagen, die die regionalen Netze überlasten?

Den Bauern sollen 900 Millionen Euro abgespart werden, die Systemkosten des Netzes betragen 2022 bereits 4,2 Milliarden Euro. Das schlechte Management der Energiewende basiert auf der Tatsache, dass die „Erneuerbaren“ regulatorisch immer noch im Streichelzoo stehen. Sie dürfen produzieren, so viel (oder so wenig) sie können, tragen aber

keinerlei Systemverantwortung und auch keine Kosten dafür.

Warum Strom produzieren und subventionieren, der später mitsamt Geld ins Ausland verschenkt werden muss? Die nahe liegendste Lösung wäre ein Ausbaumoratorium für Anlagen der Zufallsstromproduktion und deren überfällige Marktintegration.

Ein von der Wirklichkeit umzingelter Minister muss erkennen, dass die Energieversorgung kein soziales Konstrukt ist und per Akklamation umgebaut werden kann, sie nicht wie ein Geschlechtswechsel gegenüber dem Standesamt nur erklärt werden muss, sondern naturwissenschaftlich-technischen Regeln folgt. Diese Naturgesetze kann man wahlweise als postkolonial, heterodominiert oder ewiggestrig bezeichnen, sie lassen sich aber nicht ändern.

Die Wahrnehmung der Realitäten gehört nicht zu den Stärken dieser Bundesregierung (andere Stärken fallen mir im Moment auch nicht ein).

„Das Wachstum schreitet langsam voran, während der Weg zum Ruin schnell verläuft“, sagte Seneca und das gilt auch für heute. In nur zweieinhalb Jahren schaffte es die „Fortschrittskoalition“, dem Land und den Menschen nachhaltig zu schaden. Sicherlich führt der Krieg in der Ukraine zu krisenhaften Bedingungen, das rechtfertigt aber nicht die vorherigen und nachfolgenden Fehlentscheidungen. Putin zwingt uns nicht, aus der Kernkraft auszusteigen, Kohlekraftwerke stillzulegen und auf die Förderung heimischen Erdgases mit Hilfe moderner Technologien zu verzichten. Das alles ist hausgemacht.

Wer angesichts einer krisenhaften Lage der Energieversorgung eine Ausstiegsstrategie weiter fährt und so tut, als wäre nichts gewesen, als würde es irgendwie helfen, CO₂ zu verteuern, macht sich der fahrlässigen oder vorsätzlichen Schädigung des Landes schuldig.

Weder im Grundgesetz noch in den Amtseiden von Kanzler und Ministern ist von einer Großen Transformation oder einer Dekarbonisierung, geschweige denn von einem 1,5-Grad-Ziel die Rede. Der Text des Amtseides ist ein anderer. Aber die Amtsträger scheinen resilient gegenüber ihrem Eid.